

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Mittwoch, den 14. Januar 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: Probejahre: 1.10 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Zustellungs-Preisliste für 1903 unter Nr. 8203. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Betragt für die sechsgeleitete Kolonelle oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 6 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“.

Die erlauchten, edlen und geehrten Herren

des preussischen Landtages wurden am Dienstag mit folgender Thronrede vom Grafen Bülow bedacht:

„Die bevorstehende Tagung ist die letzte einer arbeitsreichen Legislaturperiode. Die Ihnen zu unterbreitenden Vorlagen beschränken sich deshalb auf notwendige und unaufschiebbare Maßnahmen.“

Schon bei Ihrer letzten Berufung ist auf die wenig befriedigende Gestaltung der Finanzlage des Staates hingewiesen worden. Die Rechnung des Jahres 1901 hat mit einem Fehlbetrag von rund 37 1/2 Millionen Mark abgeschlossen.

Auch für das laufende Etatsjahr wird nach den bisherigen Ergebnissen ein wesentlich günstigerer Abschluß nicht erwartet werden können. Zwar ist in den letzten Monaten im Verkehr auf den Staatsbahnen eine geringe Steigerung eingetreten, doch wird der Reinertrag hinter dem Voranschlag erheblich zurückbleiben.

Der Entwurf des Staatshaushalts-Etats für 1903 wird Ihnen alsbald vorgelegt werden. Trotz der vorzichtigen und sparsamen Bemessung der Ausgaben in allen Zweigen der Staatsverwaltung hat es sich nicht vermeiden lassen, zur Herstellung des Gleichgewichts den Staatskredit in beträchtlicher Höhe in Anspruch zu nehmen. Diese unerwünschte Erscheinung hat ihren Grund darin, daß infolge der Schwierigkeiten, mit denen seit Jahren die Landwirtschaft und in letzter Zeit auch Handel und Industrie zu kämpfen haben, bei einem Teil der Betriebsverwaltungen auch für das Jahr 1903 mit einem weiteren Rückgang der Ueberschüsse gerechnet werden muß.

Die zeitweilige Finanzlage hat jedoch nicht dahin führen können, Ausgaben zurückzustellen, die im politischen und wirtschaftlichen Interesse dringend geboten sind.

Hierunter fallen die erheblichen Mittel, welche die Staatsregierung in Fortführung ihrer auf den

Schutz des Deutschtums in den Ostmarken und auf deren wirtschaftliche Stärkung gerichteten Politik von Ihnen erbittet. Auch soll den in dieser Landesteile wirkenden mittleren und unteren Beamten sowie den Lehrern an den öffentlichen Volksschulen die in Aussicht gestellte Zulage gewährt werden.

Vom wirtschaftlichen wie vom Standpunkt einer fürsorgenden Finanzpolitik erschien es ferner nicht ratsam, den großen Betriebsverwaltungen die Mittel zu versagen, die zu einer ordnungsmäßigen Ergänzung ihrer Einrichtungen erforderlich sind. Namentlich erschadet es die Staatsregierung für ihre Pflicht, auch in den Zeiten ungemühter Abwärtsläufe mit der regelmäßigen Ergänzung des Fuhrparks nicht zurück zu bleiben. Die Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel wird die Staatsregierung zugleich in den Stand setzen, die Arbeitslosigkeit im Lande zu vermindern.

Zum Ausbau des Staatsbahnen-Systems durch Erwerb mehrerer Privatbahnen, zur Erweiterung des Staatsbahnnetzes und zur Förderung der Kleinbahn-Unternehmungen sind größere Mittel vorgesehen.

Der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der in den staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und der gering besoldeten Beamten ist mit Ihrer Zustimmung wiederholt besondere Fürsorge getoht worden. Da das Bedürfnis unüberändert fortbesteht, wird von Ihnen in einem neuen Gesetzentwurf ein weiteres Kredit zu gleichem Zwecke erbeten werden.

Im Interesse der Förderung der allgemeinen Volksgesundheit wird Ihnen alsbald ein Gesetzentwurf zugehen, um das Reichsgesetz, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, innerhalb des preussischen Staates zur Ausführung zu bringen.

Der im vorigen Jahre nicht zur Verabschiedung gelangte Gesetzentwurf über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst wird Ihnen in etwas veränderter Gestalt wieder vorgelegt werden.

Ihre Zustimmung wird ferner zu einem Gesetz über die Bildung kirchlicher Hilfsfonds für katholische Pfarrgemeinden erbeten werden.

Wichtige Herren! Auch in der bevorstehenden Tagung sind Sie zu wichtigen Arbeiten berufen. Mögen dieselben dem Vaterlande zum Segen gereichen!

Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.“

Die Thronrede, mit der die letzte Session einer der unfruchtbarsten Legislaturperioden eröffnet wurde, ist so nichtsagend und bedeutungslos wie nur irgend denkbar. In „wichtigen Arbeiten“ sind die erlauchten, edlen und geehrten Herren von beiden Häusern des Landtages berufen. In der That, eine wichtige Arbeit, den Etat zu beraten und einige belanglose Gesetzentwürfe zu verabschieden! Die Regierung weiß sehr wohl, daß sie für die Kulturaufgaben, sei es auf dem Gebiete des Volksschulwesens, sei es auf dem der Förderung des Verkehrs, sei es auf dem des Ausbaues der socialpolitischen Gesetzgebung, bei diesem Landtage, in dessen einem Hause uneingeschränkt die Junker das große Wort führen, während das andre einen durch und durch konservativ-keritischen Charakter trägt, kein Gehör findet, und deshalb streift sie von vornherein die Waffen. Graf Bülow, dessen Gesundheitszustand durch innere Kräfte Schaden leiden könnte, unterwirft sich dem Willen des allmächtigen Junkertums und seines hohen Verbündeten, des Klerus.

Wie Spott klingt es, wenn die gegenwärtige Legislaturperiode eine arbeitsreiche genannt wird. Haben doch die ganzen letzten Jahre nicht eine einzige gesetzgeberische Maßnahme von Bedeutung

aufzuweisen! Daß die Finanzlage Preußens traurig ist, weiß man. Jeder, der auch nur einigermaßen den Lauf des Wirtschaftslebens verfolgt, konnte das schon längst vorhersehen. Daß trotzdem Ausgaben, die im politischen und wirtschaftlichen Interesse dringend geboten sind, nicht zurückgestellt werden sollen, ist ja recht schön. Schade nur, daß davon nichts zu verspüren ist. Die neue Polen-Vorlage, die die Thronrede ankündigt, wird man doch im Ernst kaum für eine politisch oder wirtschaftlich notwendige Maßnahme halten können. Die Millionen oder Milliarden, die die Regierung zur Förderung des Deutschtums in den Ostmarken verlangen wird, werden genau so zum Fenster hinausgeworfen sein, wie die früher für diesen Zweck bewilligten Summen.

Dem Ausbau des Verkehrs soll die übliche Kleinbahnvorlage dienen. Von dem Mittel, das die Regierung für den Ausbau des Verkehrs in früheren Jahren als unbedingt notwendig hinstellte, dem Kanal, für dessen Zustandekommen sogar der preussische König sein Wort versprochen hat, schweigt die Thronrede. Die Regierung hat endgültig kapituliert und das Junkertum kam mit Zug und Recht triumphieren, daß es ihm wieder einmal gelungen ist, der Regierung seinen Willen aufzuzwingen und dem Kulturfortschritt Halt zu gebieten. Wie von der Kanalvorlage, so wird auch von der Viebereinbringung der Vorlage über die Ausbildung der Juristen Abstand genommen.

In den Thronreden der beiden letzten Jahre war ein Wohnungs-gesetz in Aussicht gestellt. Auch davon wird die Regierung nichts mehr wissen. Ausgaben für Kulturzwecke fallen ja nicht unter die im wirtschaftlichen Interesse dringend gebotenen. Statt dessen begnügt sie sich mit der Forderung einiger weiterer Millionen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der Staatsarbeiter und Beamten. Glaubt sie doch, durch solche Maßnahmen die Arbeiter in immer größere Abhängigkeit von sich bringen zu können.

So wird sich denn allem Anschein nach die neue Session ihren Vorgängern an Unfruchtbarkeit würdig an die Seite stellen können. Am Ende der Gesetzgebungsperiode werden die „Sollvertreter“ mit dem Bewußtsein vor ihre Wähler treten können, daß sie, getreu ihrem Prinzip, jeden Kulturfortschritt verhindert und dem Dreiklassen-Parlament den Stempel einer Interessentenvertretung noch stärker als bisher aufgedrückt haben. Hoffen wir, daß es die letzte Session ist, in der die Herren, ungestört von Arbeitervertretern, sein werde.

Diese unglücklich müde Thronrede mutet an, als ob in Preußen nichts mehr zu thun sei, als ob alles gesättigt und geglättet sei. Und doch ist in diesem Preußen seit mehr als einem halben Jahrhundert noch alles zu thun. Die politischen und kulturellen Schulden Preußens sind im Ungemeinen gewachsen. Und weil der Anfang einer Schuldentilgung den Zusammenbruch des ganzen Systems zur Folge haben müßte, darum fängt man eben nicht erst an — sondern überläßt fatalistisch alles der waltenden Vorsehung der Junker und Pfaffen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 13. Januar.

Der Reichstag

hat am Dienstag seine Arbeiten nach den Weihnachtstagen wieder aufgenommen. Es war eine kühle geschäftliche Sitzung ohne Panfarenzlänge, wenn in ihr auch eine Kachle auf dem Tariffelde vorgenommen wurde. Auf der Tagesordnung standen die Resolutionen, die den Schwanz des Tariffgesetzes bilden, aber nur eine von ihnen wurde erledigt. Es war die Resolution, die eine Enquete unter Hinzuziehung von Sachverständigen dahin fordert, ob nicht im Interesse der kleineren Tabakbauern sich das Gesetz über die Besteuerung des Tabaks vereinfachen ließe. Die Frage hat den Reichstag bereits mehrfach beschäftigt und die Zollkommission hat schließlich, um die drängenden kleinen Tabakbauern zu beschwichtigen, eine solche Resolution vorgeschlagen. Im Hause stieß die Resolution bei keiner Partei auf Widerspruch. Genosse Ehrhart bestätigte, daß das Tabaksteuergesetz, ein wahres Non-sensum, überflüssige Plädereien und Scherereien für den Tabakbau darstellt. Die Steuerbureaucratie schweigt in Belästigungen der Produzenten und die Gewichtsteuer, bei der jedes Tabakblatt auf der Goldwaage gelogen wird, giebt ihr reichlich Anlaß, alle ihre Künste der Drangsalierung spielen zu lassen.

In der Vertreibung des Steuerhuns war das Hand eilig und auch der Vertreter der verbündeten Regierung, Unterstaatssekretär v. Fischer, sagte eine wohlwollende Prüfung der Frage zu. Die eigentliche Debatte galt auch viel mehr der Frage des Tabakzolls als der Frage der Tabaksteuer. Ehrhart hatte nicht nur die Aufhebung der Inlandssteuer, sondern auch die Befreiung des Tabakzolls gefordert, während der nationalliberale Agrarier Freiherr v. Hohl zu Herrnsheim im Verein mit den Agrariern Köfide, Lude und Schreyer eine Vergrößerung der Spannung zwischen Tabaksteuer und Tabakzoll verlangte. Der Kampf mit diesen Agrariern wurde fast ausschließlich von unserer Partei geführt, für die neben Ehrhart Geyer, Rolfenbueh und v. Elm wiederholt das Wort ergriffen. Eine lebhaftere Form nahm diese Debatte aber nur bei der Erörterung der privaten Verhältnisse des Freiherrn v. Hohl an. Dieser bestritt, daß er an dem Tabakbau so viel verdiene, wie ihm die „Südd. Tabakzeitung“ nachgerechnet habe und stellte auch in Abrede, daß er jüngst erst wieder seinen Fideikommißbesitz durch Ankauf großer Areale erweitert habe. Er will nur Familienmitglieder seinem Fideikommiß einverleibt haben. Von unserer Seite wurde ihm erwidert, daß die Nachrichten über seinen Erwerb neuen Grundbesitzes aus den agrarischen Kreisblättern seiner Nachbarschaft genommen und im guten Glauben weiter gegeben seien.

Die Resolution wurde schließlich einstimmig angenommen und die Erörterung der weiteren fünf Resolutionen auf Mittwoch vertagt. Eine Aussicht, daß die Reichstags-Abgeordneten sich in beschlußfähiger Zahl in dieser Woche zusammenfinden, besteht wohl nicht.

Landtag.

Im Anschluß an die feierliche Eröffnung des Landtags hielten beide Häuser die üblichen geschäftlichen Sitzungen ab. Das Abgeordnetenhaus glaubte, genug gethan zu haben, nachdem es ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser ansgebracht hatte. Das Herrenhaus begnügte sich damit nicht, es wählte außerdem noch das bisherige Präsidium wieder. Dafür kam es auch, wenn es am Mittwoch die Vereidigung der neuen Mitglieder vorgenommen hat, bis Ostern in die Ferien gehen. Im Abgeordnetenhaus findet die Wahl des Präsidiums am Mittwoch statt. Unmittelbar nach der Konstituierung wird Minister Frh. v. Rheinbaben den Etat einbringen.

Das Fiasko des Hundigungsschwindels.

Man schreibt uns: Der mächtige Hundigung der Stettiner Arbeiter ist jetzt auch die der Magdeburger auf dem Fuße gefolgt. Auch die letzten Trümmer der abgeschmackten Adressen-Rechtfertigungsversuche sind mit ihr dahingetrieben worden. Denn die Hundigung der Arbeiter des Krupp-Gruson-Werkes hat noch eine ganz besondere Bedeutung. Seit über 1300 Personen, darunter, wie ausdrücklich festgestellt wurde, 800-900 Arbeiter des Krupp-Werkes, hatten sich im Magdeburger Luisenpark eingefunden, um gegen den bei Abfassung der famosen Kaiser-Adresse ausgeübten Gewissenszwang und Terrorismus zu protestieren. Die Wahrnehmung der beiden, ein halbes Menschenalter bei Krupp thätig gewesen christlichen Arbeiter hat am Montagabend der Socialdemokratie zu einem geradezu glänzenden Triumph verholfen. Minutenlang wurden die Redner, die das Gebahren der beteiligten Kreise bei der Sammlung der Unterschriften ins rechte Licht riefen, von Beifall unterbrochen und nicht eine einzige Stimme fand sich zur Rechtfertigung der Krupp-Kameraden. Was aber der Protestversammlung die ganz besondere Bedeutung beilegt, ist folgendes: Die sog. Kaiser-Deputation der (siebenmal gestrichen) Arbeiter, die nach der Vereidigung Krupps im Wartesaal in Essen die besagte Rede mit anhören mußte, war vollzählig (16 Mann) in der Versammlung erschienen. Bereits vorher hatte man erfahren, daß diese Deputation, die gleichzeitig das Unterschriften-sammelwerk „freiwillig übernommen“ hatte, in der Versammlung die Erklärung abgeben sollte, daß thatsächlich die Unterschriften „lämlich freiwillig“ gegeben worden seien und daß der Inhalt der Kaiser-Adresse der innersten Ueberzeugung aller Arbeiter des Krupp-Gruson-Werkes entspreche.“ Allein — die Krupp-Reiniger haben nun einmal das Pech — es kam nicht zu der beabsichtigten „Ehrenrettung“! Trotz viermaliger, nachdrücklicher Aufforderung des Vorsitzenden, trotz der Provokation von Rednern, die selbst 12 und mehr Jahre auf dem Werke gearbeitet haben, nahm keiner der Abgeordneten das Wort! Erst als sie daran erinnert wurden, daß sie doch deswegen gerade hergeschickt worden seien, erklärten zwei von den 16 Mann, daß sie beim Sammeln der Unterschriften keinen Druck auf irgend einen Arbeiter ausgeübt, da sie doch nur — ihre Pflicht der Firma gegenüber gethan hätten!! Ja noch mehr: Ein Redner der Versammlung konnte ausdrücklich erklären, daß sogar die anwesende Kaiser-Deputation (meist aus Arbeitern bestehend!) die Wahrnehmung der Kameraden für eine Schmach und eine Schande ansähe!! Das Erklären der Versammelten wollte schier sein Ende nehmen! Erschrockenlos wurden die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen Krupps als eine famose Einnahmequelle für die Firma Krupp gebremst; erbarmungslos gingen die Redner mit denen ins Gericht, die so unbedachtigweise die „Vorwärts“-Medalje beschimpft und verleumdet; mit heisendem Hohn sausten Hieb auf Hieb auf die Millionenfirma und ihre „freiwilligen“ Einrichtungen hernieder und — die abgesandte Kaiser-Deputation nicht den Rednern beständig zu. Sie, die gekommen war, zu reden, zu retten, zu vergelten — sie sah resigniert da und verwünschte innerlich ihre Mission wer weiß wie! Es war ein herrlicher, ein prächtiger Genuß, das mit anzusehen, zu sehen, wie der Hundigungsliegende so org mitgefiehl wurde! Und nun die Krönung des glänzenden Erfolges: Eine im schärfsten Stil gefasste Protest-Resolution, die rückhaltlos den Gewissenszwang brandmarkte und konstatierte, daß die Arbeiter nie und nimmer an das Fideikommiß-Fideikommiß denken, wurde einstimmig — doch nein, nach mehrfacher, ausdrücklicher Wiederholung der Gegenprobe, gegen eine einzige Stimme angenommen!!! Nicht endenwollender Jubel folgte der Befamngabe diese Resultats. Die Kaiser-Deputierten sahen mit resignierten Mienen da und hielten die Hand tief in den Hosentaschen bergaben. Es schien, als müßten sie sich Zwang anthun, nicht trotz ihrer Mission für die Resolution zu stimmen. Das muß man gesehen, mit angehört haben, um die ganze Bedeutung dieses fähigen Fiaskos zu erkennen. Zum Schluß der imposanten Versammlung, die so begeistert verlief wie keine seit langen, langen Jahren, konstatierte der Vorsitzende noch, daß auf dem Krupp-Werk sich der stärkste Rückhalt der Magdeburger Socialdemokratie befände, daß das Werk eine Hochburg der socialdemokratischen Agitation sei und daß die weiteren Früchte von der Krupp-Affaire bei der nächsten Reichstagswahl gepflückt würden. Mit einem brausen dreimaligen Hoch auf die internationale Socialdemokratie, in welches auch ca. 12 von den 16 Kaiser-Deputierten mit einstimmten, wurde die Hundigung geschlossen. —

Deutsches Reich.

Die parlamentarischen Arbeiten. Eine parlamentarische Korrespondenz schreibt: Die Etatsberatungen des Reichstags und des Landtags werden diesmal zusammenfallen. Für beide Häuser ist der Beginn der Etatsberatungen auf den Montag nächster Woche festgelegt. Im Abgeordnetenhause wird der Etat am Mittwoch, nach der Finanzrede des Ministers v. Heineken verteilt und dann eine Pause bis Montag gemacht werden. An diesem Tage wird auch im Reichstage die Generaldebatte über den Etat beginnen. Dies Zusammenfallen wird allgemein als ein großer Hebelstand empfunden.

Der Bund der Schreier.

Der Bund der Landwirte fährt fort, gegen den Antrag Kardorff mobil zu machen, nachdem sie selbst durch die Vergewaltigung der Minderheit Sorge getragen hatten, daß er zur Annahme gelangte. Auf der schlesischen Generalversammlung des Bundes der Landwirte wiederholte Herr v. Wangenheim diese Komödie. Er meinte u. a.:

Der in dem Zolltarif angenommene Getreidezoll kam den Landwirten gar nichts helfen; durch diesen Zoll wird der Getreidepreis nicht um einen Pfennig höher. 7 1/2 Mark war das Mindeste, was wir fordern mußten, wenn wir die Notlage der Landwirtschaft beseitigen wollen. (Stürmischer Beifall.) Leider war ich der einzige, der in der Kommission an der Forderung festhielt. (Aufe: Leider!) Mit dem Zolltarif allein ist es bekanntlich nicht getan, die Hauptsache sind die Handelsverträge. Und da muß ich offen sagen, ich habe zu den verbündeten Regierungen nicht mehr das Vertrauen, daß diese die Interessen der Landwirtschaft bei dem Abschluß der Handelsverträge genügend wahren werden. (Aufe: Leider!) Wir haben es stets ausgesprochen, der Gegenpartei zwischen dem Bund der Landwirte und der Sozialdemokratie ist wie Feuer und Wasser. Aber durch Veränderung der Geschäftsordnung bekämpfen wir nicht die Sozialdemokratie, wenigstens nicht auf die Dauer. Im Gegenteil, ich befürchte, durch den Antrag Kardorff, durch den der Mittelstand in vieler Beziehung geschädigt ist, werden die Sozialdemokraten neue Massen zugeführt werden. Man sagte, in welcher Weise sollte man dem die Obstruktion der Linken bekämpfen. Ich bin der Meinung, wenn die Linke Gewalt geübt hätte, dann hätte sie sich nicht beklagen können, wenn ihr mit Gewalt geantwortet worden wäre, d. h. wenn man sie einfach mundtot gemacht hätte. Die Geschäftsordnung des Reichstages hätte schon längst geändert werden können. Nun, sagte man, was hätte geschehen sollen, wenn der Zolltarif abgelehnt worden wäre. Nun, dann hätte die Regierung nach einigen Jahren einen Zolltarif vorlegen können, der der Landwirtschaft einen wirklichen Schutz gewähre. Mit Ausnahme des und sonst feindseligen Eugen Richter, der das frivole Spiel der Obstruktion nicht mitgemacht hat, haben sich die Freisinnigen vom Schlage der Herren Rahnke, Barth, Gothein usw. immer mehr der Sozialdemokratie genähert. Wir haben so oft gesagt: Der Freisinn ist das kleinere Übel. Allein, angesichts der Handlungen des Freisinnigen müssen wir jetzt sagen: Der Freisinn ist viel gefährlicher, als die Sozialdemokratie. (Aufe: Sehr richtig!) Der Freisinn hängt sich ein bürgerliches Mäntelchen um, die Sozialdemokraten sagen aber wenigstens offen, was sie wollen. Deshalb müssen wir bei Stichwahlen zwischen einem Freisinnigen und Sozialdemokraten die feindseligen Brüder unter sich lassen, denn jetzt müssen wir sagen: besser ein Sozialdemokrat, als ein Freisinniger. (Stürmischer Beifall.)

Ich verleihe nicht die Verdienste, die die nationalliberale und Reichspartei um die nationale Größe Deutschlands haben. Allein, diese Parteien haben in dem Kampf um den Zolltarif eine Haltung eingenommen, daß wir einen Nationalliberalen oder Reichsparteier, bezw. Freisinnigen nur dann bei der Wahl unterstützen können, wenn der Kandidat erklärt: er wolle sich nicht der Fraktion anschließen, sondern „wild“ bleiben und wenn er außerdem erklärt, daß er für die Forderungen der Landwirte mannhaft eintreten werde.

Was das Centrum anlangt so muß es leider ausgesprochen werden, daß ein großer Teil der Centrumspresse den Bund in viel gemeiner Weise bekämpft als die Freisinnigen und Sozialdemokraten. Das Centrum hat den Kampf um den Zolltarif lediglich aus Gründen der Wahlkäuflichkeit geführt.

Was unsere Stellung zu der konservativen Partei betrifft, so ist es selbstverständlich, daß wir den Boden unter den Füßen verlieren würden, wenn wir aufhörten, konservativ zu sein. Es muß aber ausgesprochen werden: der Bund der Landwirte ist keine Wahlmaschine für eine bestimmte Partei. (Stürmischer Beifall.) Wenn der Bund sich dazu gebrauchen ließe, dann wäre es besser, wenn wir ihn auflösten. Wir können uns nicht nach Belieben von einer politischen Partei ohreifeigen lassen. Allein, so viele Differenzpunkte es auch zwischen dem Bund und der konservativen Partei gibt, so ist es doch angeht des heftigen Wahlkampfes, dem wir zweifellos entgegengehen, notwendig, daß auf beiden Seiten das Bestreben vorwaltet, eine Verständigung herbeizuführen. Die konservativen müssen endlich aufhören, eine bloße politische Partei zu sein. Sie werden andernfalls sehr bald einsehen, daß sie eine Anzahl Führer bilden, denen die Truppen fehlen.

In der Debatte verteidigte Limburg-Sturum die Zustimmung zum Antrag Kardorff — unter allgemeinem Widerspruch. Der Mittelreiter Adernann-Salisch erklärte rundweg: Für den Zolltarif haben zweifellos eine Anzahl konservative gestimmt, weil sie in hohen Staatsstellungen sind, und weil sie glauben, als Offiziere nicht gegen die Regierung stimmen zu dürfen. Ich bin aber der Meinung, in wirtschaftlichen Dingen muß das noblesse oblige aufhören. Wir müssen Männer wählen, die unbeeinflusst von oben mannhaft für die Forderungen der Landwirte eintreten. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende, Abg. Hirt, verlas danach folgenden Antrag: Die Verammlung spricht dem engeren Vorstande des Bundes der Landwirte für sein mannhaftes und energisches Eintreten im Kampfe um den Zolltarif besten Dank und volles Vertrauen aus.

Herzog von Ratibor: Durch Annahme des soeben verlesenen Antrages erklären Sie Männern wie Herrn v. Kardorff offen den Krieg und machen damit ein Zusammengehen bei den Wahlen zur Unmöglichkeit. (Aufe: Nein!) Ich muß erklären, so sehr mein Herz für das Wohl der deutschen Landwirtschaft schlägt, so bin ich, wenn dieser Antrag angenommen werden sollte, genötigt, aus dem Bunde der Landwirte auszuscheiden. (Lebhaftes Ho!)

Abg. Hirt: Ich bedauere die Erklärung Sr. Durchlaucht, ich muß doch aber bemerken, daß dieser Antrag nicht Veranlassung geben kann, aus dem Bunde auszuscheiden. (Stürmischer Beifall.) Der Antrag gelangte danach, trotz der Drohung des Herzogs, einstimmig zur Annahme.

Daß der Adel in wirtschaftlichen Fragen zu nichts verpflichtet als zur Beanspruchung von Millionen-Amosen, das brauchen die Junker nicht erst zu lernen. Danach haben sie seit jeder gehandelt.

Zur Reichsfinanznot. Dem Reichstage ist der Entwurf eines Gesetzes, betreffend Verwendung von Mehrerträgen der Ueberweisungssteuer zur Schuldentilgung zugegangen. Der Entwurf schlägt folgende Bestimmung vor: Uebererträgen im Rechnungsjahre 1903 die den Bundesstaaten zugehenden Uebererträge aus den Erträgen an Zöllen, Tabaksteuer, Branntwein-Verbrauchsabgabe und Zuschlag, sowie an Reichs-Stempelabgaben das Etatsoll, so ist der Mehrbetrag an den den Bundesstaaten aus dem Ertrage der Zoll- und Tabaksteuer zu überweisenden Beträgen zu kürzen und zur Tilgung der durch den Reichshaushalts-Etat für 1903 bewilligten Judikalanleihe von 95 Millionen Mark zurückzubehalten. Die Tilgung erfolgt durch entsprechende Abhebung vom Anleiheoll. Soweit geeignete Anleihekredite nicht mehr offen stehen, wird über die Art der Tilgung durch den Reichshaushalts-Etat für 1903 Bestimmung getroffen. In der Begründung wird kurz darauf hingewiesen, daß die zur Bilanzierung des Etats für 1903 erforderliche Anleihe von 95 Millionen Mark als schwebende Schuld gedacht ist, deren baldige Tilgung aus Uebererträgen künftiger Jahre herbeiführt werden soll. Der Entwurf

bringt diesen Gedanken für 1903 in der Form zur Ausführung, daß die Tilgung der Judikalanleihe insoweit in Aussicht genommen wird, als die Uebererträge das Etatsoll überschreiten. Die Regierungen verzichten damit für 1903 auf die ihnen gesetzlich zustehenden Mehrerträge der Ueberweisungssteuer in einem weiteren Umfange als dies nach den bisherigen Schuldentilgungs-Gesetzen der Fall war.

Leider dürfte dieser Schuldentilgungs-Eifer kaum irgendwelche Aussicht auf wirkliche Betätigung haben. Und in keinem Fall werden die Summen, um welche die Uebererträge des letzten Etatsjahres den Aufschlag übersteigen, von Bedeutung sein gegenüber der ungeheuerlichen Zunahme der Anleihen, die der Etat für 1903/04 bringt.

Auf den hohen französischen Getreidezoll beruft sich wieder die „Deutsche Tageszeitung“. Diesmal kompromittiert sie einen Professor Dr. L. Kühlenbed, von dem sie sich aus Lausanne schreiben läßt:

In Frankreich, z. B. Besançon, beträgt der Preis des Weizenprotes 83 1/2 Centimes für das Kilogramm, hier in Lausanne 84 Centimes. Dabei hat Frankreich einen Einfuhrzoll von 7 Frank 50 Centimes auf Weizen, während der Eingangszoll in der Schweiz 30 Centimes beträgt. Ein schlüssiger Beweis gegen die Agitationsphrasen der Freisinnigen und Sozialdemokraten in Deutschland, daß der Zollschutz das Getreide und das Brot um den Zollbetrag verteuern müsse, dürfte wohl kaum beigebracht werden können.

Natürlich beweisen solche durch zufällige lokale Einflüsse bedingten Einzelpreise gar nichts. Dann aber sollte doch die „Deutsche Tageszeitung“ endlich wissen, daß der französische Zoll nur auf dem Papier steht, da 96 Proz. der französischen Getreide-Einfuhr aus den zollfreien französischen Kolonien stammen.

Die Diäten des Brotwuchers. Die Kerls brauchen bekanntlich keine Diäten. Denn im Reichstag brauchen ja natürlich nur diejenigen zu sitzen, die genügend Geld haben oder doch wenigstens solches zu machen verstehen. Zu den Goldmachern hat von jeher der Oberagrarier Herr v. Kardorff-Wabnitz gehört. Bekanntlich hat dieser urteuliche Mann seine parlamentarische Thätigkeit als Schabbesgoj des Hofjuden Reichtröder begonnen. Während der berühmten Gründerjahre nach der Schaffung des Deutschen Reiches figurirte er bei allen möglichen Reichsräthlichen Gründungen als Mitglied des Aufsichtsrats und steckte stolze Lantien um von so mancher später verdrachten Gesellschaft in seine gar nicht blütenfeindliche Tasche. Nach dem Sturz erdicht in der „Gartenlaube“ im April 1875 ein Angriff auf Kardorffs Gründerthätigkeit. Flugs setzte sich der Diätenfeind hin und schrieb an den Verleger des Blattes die berühmte Epistel: Es dürfte ziemlich bekannt sein, daß ich mich an industriellen Unternehmungen nicht beteilige, um Schätze zu sammeln, sondern lediglich, um mir zu ermöglichen, ohne Vermögensverluste meine parlamentarische Thätigkeit wahrzunehmen. — Heute sind die Herren Agrarier besser daran. Sie brauchen sich mit dem Gründungschwund nicht mehr abzugeben. Denn heute erhebt ihnen der Staat ihre „Vermögensverluste“. Trotzdem vermahnt allerdings Herr v. Kardorff auch jetzt noch nicht jede Aufsichtsratsstamme, gehört er doch noch der schlesischen Junkhätten Aktien-Gesellschaft als Verwaltungsratsmitglied an, die weit über Schlesiens Grenze hinaus durch die lange Arbeitszeit und die schlechte Entlohnung ihrer Arbeiter berüchtigt ist.

„Das Reden im Reichstag hat keinen Zweck.“ Am Sonntag fand in Vöchem eine große Centrumsheerchau statt, bei welcher der schwarze Obergardist Kaplan Dabach die Truppen einbezogerte. Den Zolltarif habe das Centrum durchdrücken müssen, um der Obstruktion Herr zu werden — und der heimischen Bevölkerung bessere Erwerbsverhältnisse zu verschaffen. Sodann gab der Gottesmann, der unerlöschende Kämpfer gegen Wahrheit und Recht den hordenden Gläubigen Aufklärung über die Pflichten eines Vollsvertreters. Das Reden im Reichstage habe gar keinen Zweck. Ueber Fragen, in denen der Reichstag zu bestimmen habe, werde vorher in den Fraktionen beraten und dort werde auch bestimmt, wie abgestimmt werden müsse. Die Redereien im Reichstag seien mithin vollständig zwecklos, ein jeder wisse vorher, wie er abzustimmen habe. Und die Centrumsabgeordneten hätten in hervorragender Weise ihre Pflicht gethan, erzählte der streitbare, geschäftstüchtige Kaplan weiter. Als Beweis führte er an: Ein Centrumsabgeordneter war vor einiger Zeit in ein Kloster in Oestreich eingetreten. Er hatte sein Reichstagsmandat nicht niedergelegt und war daher stimmberechtigt. Telegraphisch erging an ihn der Ruf, nach Berlin zu eilen. Er kam, blieb die Nacht — 14. Dezember — dort bis die Abstimmung beendet war. Er kam, stimmte und ging!... Fürwahr, ein leuchtendes Beispiel von Ueberzeugungströue“. Im Anschluß an diese Erzählung, die eskalant dardart, wie Centrumsabgeordnete über die schwierigsten Materien auf Kommando eine — Ueberzeugung gewinnen, behauptete der gefaltete Wahrheitsf — reud“, nur die Intridische Rede habe den Zolltarif zu stande gebracht. Also Helfschler sind die Schwarzen auch. Bekannt ist, daß Genosse Anrid nur durch Zufall überhaupt zum Wort kam. Die Centrumsler suchten das aber im voraus, man citierte sogar Klosterbrüder aus Oestreich herbei — damit die Rede Anrids den Zolltarif durchdrücke. Wer den schwarzen Gesellen jetzt noch nicht glaubt, ist überhaupt nicht zu — beschwindeln. Der Rekord ist erreicht. Heil Dabach.

Zur Nichtbetätigung des Stadtrats Richter, Mitgliedes der freisinnigen Volkspartei, wird uns aus Halle geschrieben: Der Vertreter des Stadtverordneten-Kollegiums Geheimrat Präf. Dillenberger sprach sich in der heutigen Stadtverordnetenversammlung in ziemlich scharfen Worten gegen die Maßnahme des Regierungspräsidenten, Verlegung der Bestätigung Richters zum unbedenkten Stadtrat aus und das Kollegium beschloß gegen eine Stimme, die Bestätigung bei dem Minister des Innern zu beantragen.

Erbliche Strafen gegen Streifen wurden von der Strafkammer in Halle verhängt. Gelegentlich eines im August vorigen Jahres in der Maschinenhalle stattgehabten Streits hatten die Arbeiter Emil Hense aus Leim und Hermann Grohmann aus Halle zwei Arbeiter, die nicht mitstrellen, beleidigt und mißhandelt. Dem Strafentwurf gemäß wurde Hense zu neun Monaten und Grohmann zu einem Jahr und einem Monat Gefängnis verurteilt. Das Gericht habe die Pflicht, die Sicherheit und Gesege des Staates zu schützen, hieß es in der Urteilsbegründung.

Zur Disposition gestellt. Aus der Rheinpfalz wird uns geschrieben: Schlechte Ausichten zur Wiederwahl bieten sich dem Ueberzöllner Köfide in seinem bisherigen pfälzischen Wahlkreis. Der Herr vertritt bekanntlich den 6. pfälzischen Wahlkreis Kaiserslautern im Reichstage und wurde seiner Zeit mit Hilfe der eingeschüchtern Nationalliberalen, die auf die Aufstellung eines eignen Kandidaten zu seinen Gunsten verzichteten, gegen den sozialdemokratischen Kandidaten in der Stichwahl mit einem Mehr von 80 Stimmen gewählt. In der Zwischenzeit hat sich die bündlerische Hochflut in der Pfalz verlaufen, die rebellischen Bauern sind zu einem großen Teile in die geöffneten nationalliberalen Lateratme zurückgekehrt und so schwoll den Nationalliberalen der stamm gar mächtig. In einer Polemik mit unserm pfälzischen Partei-Organ erklärte die „Pfalz-Presse“, eines der maßgebenden Organe der Nationalliberalen: „Dr. Köfide kann für die Nationalliberalen bei der ersten Wahl nicht mehr in Betracht kommen.“ Damit ist Herrn Köfide eine Absage erteilt in aller Form. Und das schänke an der Sache ist, daß er den Zuschnitt ruhig einsehen muß, denn die bündlerische Organisation vegetirt nur noch kümmerlich. Der Bund der Landwirte hat seine Rolle in der Pfalz ausgepielt. Es hieß wohl auch schon früher, daß Herr Köfide dem angeblich der Landesjäger treuen Wahlkreis Homburg-Stauf den unruhigen Stafterstauern vorziehen wolle, allein auch hier dürfte er nicht besonders willkommen sein. Eine Reihe von bündlerischen und Lokalgrößen spizen auf dieses Mandat und wird Köfide hier aufgestellt, so dürfte sich auch der derzeitige Ju-

haber des Mandats Weingutsbesitzer und Weinhändler Filz aus Ellerstadt, den man aus dem Bunde warf, weil er wider die Bundeshaupter anmudte, wieder von seinen nationalliberalen Freunden aufstellen lassen.

Der schweizerische Hofzweig.

Die „Schweizerische Depeschen-Agentur“ meldet: „Mehrere Blätter berichten von einer Vermählung zwischen der Kronprinzessin von Sachsen und Giron. Giron wurde aber von dem Aboloten Sachenal aus höheren Rüksichten ersucht, während der Vorbereitung der Ehescheidung nicht mehr im Hotel d'Angleterre zu wohnen, kann jedoch beliebig oft dorthin zurückkehren. Die Prinzessin hat nicht die Absicht, sich von Giron zu trennen und hält einfach das Scheidungsbegehren aufrecht. Die Verhandlungen zwischen den Anwälten der Parteien in Genf dauern fort und werden baldigt erledigt sein.

Weniger glaubwürdig erscheint vorläufig die folgende Meldung des „V. Z.“ aus Wien:

Wie hier verlautet, soll die Affaire der Kronprinzessin von Sachsen nunmehr endgültig abgeschlossen sein. Die Kronprinzessin habe eingewilligt, Aufenthalt auf einem kaiserlichen Schloß in Oestreich in der Nähe der schweizerischen Grenze zu nehmen und daselbst zu verbleiben unter der Zusicherung, daß sie daselbst zeitweilig mit ihren Kindern verkehren könne.“

Bauernansiedlung in Deutsch-Südwest-Afrika.

Im Etat für 1903 ist die Summe von 300 000 M. zur Förderung der Besiedlung des deutsch-westafrikanischen Schutzgebietes ausgeworfen. Zur Begründung der Forderung wird in der Denkschrift, die dem Etat beigegeben ist, u. f. folgendes ausgeführt:

Wenn im Etat für das Rechnungsjahr 1903 300 000 M. angefordert werden, so sollen diese Mittel einerseits die Schutzgebietsverwaltung in den Stand setzen, auf dem bereits beschrittenen Wege der deutschen Besiedlung fortzuführen, andererseits die Möglichkeit bieten, eine weitere Ausgestaltung des bisherigen Besiedlungssystems einzuleiten. Zur Erreichung des letztgenannten Zieles ist es — in Anlehnung an das Vorgehen der Engländer in Südarica — zwar erforderlich, eine Kommission einzusetzen, deren Aufgabe es ist, nach eingehendem Studium der einschlägigen Verhältnisse im Schutzgebiete, eventuell auch in den Nachbargebieten des englischen Südarica, praktische Vorschläge zu machen und die Vorarbeiten an Ort und Stelle zu leiten. . . . Vor allem soll aber ein erster Versuch gemacht werden, deutsche Bauernfamilien aus der Heimat unter Gewährung eines staatlichen Zuschusses in Deutsch-Südwestafrika anzusiedeln.

Eine wunderbare Bauernpolitik! Während man durch den Zollwuchertarif zu Gunsten des Großgrundbesitzes die Kleinbauern schädigt, soll das Reich — vorläufig — 300 000 M. dafür ausgeben, um in Deutsch-Südwest-Afrika deutsche Bauern anzusiedeln!

Die aussichtslos die neue Kolonialpolitik ist, geht aus dem Bericht eines Afrikaners hervor, den die „Tägl. Rundschau“ veröffentlicht und in dem es heißt:

Es ist ein Glück, daß sich die Bergbau-Industrie so günstig anläßt, denn mit den sonstigen Aussichten ist es in diesem Jahre schlecht bestellt. Die Dürre ist groß. Es hat fast noch gar nicht geregnet, und ich sehe mit schweren Besorgnissen für die Viehzucht und Landwirtschaft in die Wintermonate. Mit vielem Interesse habe ich übrigens die neuliche Zuschrift im kolonialen Teil der „Tägl. Rundschau“ gelesen und sie persönlich meinem Referenten für Fortschritt Herrn Dr. Seidellbach überhändigt. In der Pfalz läßt sich wohl Gedland aufforsten, aber in Deutsch-Südwest, wo es beinahe gar nicht regnet, wächst ohne künstliche Bewässerung nichts, es sei denn im Distrikt Nlabandja, der ausreichend Grundwasser hat. Hier liegt auch der Knäppel beim Hunde, wenn man mit Stau-Anlagen rechnen will: Im Stau-Anlagen zweckdienlich zu machen, muß man erst Wasser zum Stauen haben! Artesische Brunnen nach dem Muster der Kapkolonie bilden die richtige Lösung der brennenden Wasserfrage. Die Kapkolonie hat in fünf Jahren je 175 neue Wasserstellen mit einem Aufwande von jährlich 38 000 Pfd. Sterk. geschaffen. Hoffentlich haben die im September angefangenen Bohraktionen bald ähnlich gute Ergebnisse aufzuweisen.

Man weiß also noch gar nicht, ob man auch nur durch artesische Brunnen genügend Wasser zur künstlichen Bewässerung aufreiben wird! Und in dieser afrikanischen Oede will man Bauern mittels Reichzuschusses ansiedeln! —

Ausland.

Zur Rede Millerands.

Unser Pariser Korrespondent erwidert auf die zweite Zuschrift des juristischen Parteimitgliedes:

In seiner Duplik (Nr. 7 des „Vorwärts“) weicht der Verteidiger Millerands meiner Beweisführung (Nr. 303 des letzten Quartals) in Bezug auf Millerands „Bourgeois-Socialismus“ vollständig aus. Er behauptet aber democh seine „eigentliche Objektivität“. Er sucht seinen Anzug zu decken durch den Hinweis auf den Bericht des „Nouvel du Nord“-Blatte, den Millerand für „authentisch“ erklärt habe. Aber wohlgerne, die Stelle der Rede über die „Solidarität der Klassen“ habe ich gerade nach dem einzig „authentisch“ sein sollenden Bericht citiert.

Was die Revanchefrage betrifft, so ruft Millerands Verteidiger den Verteidigten selbst zu Hilfe. Millerands eigne Zuschrift bestätigt jedoch das, was ich geschrieben habe, und widerlegt die Behauptung seines Verteidigers, der in seinem ersten Schreiben (Nr. 288) kühnweg „verlündigt“: „Und es ist auch nichts bekannt geworden, das auf eine Meinungsverschiedenheit zwischen Jaurès und Millerand in diesem Punkte (in der Revanchefrage) schließen ließe!... Nichts bekannt geworden.“ Und nun giebt Millerand selbst zu, daß er gegen die „Vergessenheit“ ist, während Jaurès dafür ist. Sein „allein objektiver“ Verteidiger betont freilich mit Millerand, daß es sich ja nur um eine „Nuance“ handle. Nun, wenn der Unterschied zwischen für und gegen, zwischen ja und nein nur eine „Nuance“ sein soll, dann giebt es überhaupt keine Gegenläge auf der Welt.

„Und neun ist ein,
Und zehn ist kein,
Das ist das Herren-Einmaleins.“

Ebenso wird es nach diesem Herren-Einmaleins eine bloße „Nuance“ sein, wenn Jaurès neben der „Vergessenheit“ für die Abrüstung eintritt, während Millerand in seiner Pariser Rede den Militarismus auch im Interesse der Arbeiter befürwortet.

Es ist übrigens bezeichnend, daß M. seine Zuschrift nicht schon an die Pariser bürgerlichen Zeitungen geschickt hat und daß ferner — ich wiederhole es — von keiner juristischen Stelle aus der geringste Versuch gemacht wurde, den Kommentaren der leitenden Bourgeoispresse entgegenzutreten. Demgegenüber werden die Leser des „Vorwärts“ es zu würdigen wissen, wenn Millerands Verteidiger den Gegenlag zwischen den „beiden Vorkämpfern“ seiner Partei in der Revanche- und Abrüstungsfrage auf einen „Konstitutionsversuch“ der Bourgeoispresse zurückzuführen möchte.

Zum Schluß argumentiert M. Verteidiger mit der „Unbegreiflichkeit“, die das Zusammenwirken von Millerand und Jaurès in derselben Partei darstellen würde, falls die beiden wirklich durch jenen Gegenlag getrennt wären. „Unbegreiflich“ ist dabei nur die Begriffshohigkeit des juristischen Parteimitgliedes. Denn nur derjenige kann das „unbegreiflich“ finden, der erstens die nach und nach wesenstgleich gewordene Deutart der „beiden Vorkämpfer“ des ministeriellen Sozialismus in allen sonstigen Staatsfragen übersieht oder nicht einseht und der zweitens überhaupt die eigenartige Natur der ministeriell-sozialistischen Partei verkennt. Ober soll ich daran erinnern, daß Millerand, ein „Vorkämpfer“ dieser Partei, ungeachtet des Beschlusses des Tours-Kongresses, wie übrigens

einige andre Vor- und Mitleidender, das Tour-Program in seiner letzten Wahlkampagne nicht assistiert hat? Solch's ferner daran erinnern, daß Millerand der Partei, in welcher er als „Vorläufer“ gilt, bisher organisatorisch gar nicht angehört, daß aber, trotz dieser doppelten „Unbegreiflichkeit“, die ministeriell-socialistische Kammerfraktion, sich ihrerseits über den Tour-Strang hinwegsetzend, die dritte „Unbegreiflichkeit“ beging. Millerand demnach in ihre Mitte aufzunehmen? Soll ich weiter daran erinnern, daß das interfraktionale Komitee (Partei-Vorstand) der P. S. F. die dritte „Unbegreiflichkeit“ beging, die ersten drei „Unbegreiflichkeiten“ — also viele flagranten Verletzungen von Kongreßbeschlüssen — lediglich dem kommenden Parteikongreß zu Vordruck zur Beschlußfassung zu unterbreiten? ... Diese und manche andre „Unbegreiflichkeiten“ gehören eben zum Wesen der P. S. F. und sind daher nur allzu — begreiflich.
Paris, 11. Januar. B. R. J. G. W. S. K.

Genosse Kritschewsky bittet um gleichzeitige um Verächtlichmachung folgender sinnförender Druckfehler in seinem Artikel „Zur Rede Millerands“ (Nr. 303 des letzten Quotienten): Es muß heißen: 1. Millerand rückt immer und immer weiter von diesem Socialismus ab (nicht: „wieder“). 2. Millerands „Bourgeois-Socialismus“ bleibt mit dem Socialismus (ohne Gänsefüßchen) verbunden nur noch eben durch die socialistische Phrase (nicht: „nur nach oben“). 3. Millerand behält eine staatsmännisch-verkaufte Sprache zu führen (nicht: eine „staatsmännisch“).

Der Entscheidungskampf in Marokko.

Bestimmte Nachrichten über eine neue Schlacht bei Fez, die sündlich erwartet wird, liegen bis zu diesem Augenblicke nicht vor. Der spanische Gesandte in Tanger hat die Meldung geschickt, daß die Streitkräfte des Sultans dem Thronerben Bu Hamara entgegengetreten sind. Die spanische Regierung erklärt, der Zusammenstoß sei wahrscheinlich bereits erfolgt, doch ist amtlich noch nichts darüber bekannt. Die spanische Truppenbewegungen nach dem Süden sowie die Auffpeicherung von Munition in Ceuta und Melilla dauern fort.

Die spanische Gesandtschaft in Tanger erhielt aus Fez die Nachricht, daß Sultan Mulay Abdul Aziz in einer neuen Schlacht eine Niederlage erlitten und sich wahrscheinlich bereits zur Flucht gewendet hat.

Der Madrider „Globo“ meldet aus Fez, die Truppen des Sultans seien in einem Kampfe mit denen des Prätendenten begriffen. Der „Imparcial“ berichtet, die Einwohner von Fez seien im Aufstande gegen den Sultan. In Rabat herrsche Furcht und Angst, die Europäer fürchteten, unzulänglich angegriffen zu werden. Der Vertreter des Sultans für auswärtige Angelegenheiten in Tanger Mohammed el Torres befehle Requirierung von Vieh und Entsendung von Truppen an den Sultan.

Frankreich.

Der „ministerielle Blo“: Bei den Nachwahlen zur Deputiertenkammer, die demnächst im 4. Pariser Wahlkreis stattfinden, ist seitens aller Republikaner der bekannte Socialist Gabriele Deville als Kandidat aufgestellt worden.

Eine neue Kammergruppe. Das seit mehreren Tagen verbreitete Gerücht, nach welchem über vierzig gemäßigte Republikaner, unter ihnen Deschanel, Poincaré, Jonart, Cochery, Meline und Ribot eine eigene Gruppe bilden wollen, wird von mehreren Blättern als sehr glaubwürdig bezeichnet. Es heißt, daß die Präsidentschaft der Gruppe, die insbesondere in der die Kongregationen betreffenden Frage mit dem Ministerium Combes gehen will, Poincaré oder Deschanel angeboten werden soll. Den Anlaß zur Bildung der neuen Gruppe soll Poincaré gegeben haben, der in einem Briefe an den gemäßigten republikanischen Senator Lavertujon erklärt hat: Wir wollen nicht unsere Ideale verleugnen, aber wir müssen trachten, uns den republikanischen Gruppen zu nähern und uns nicht von ihnen entfernen.

Italien.

Eine socialistische Gemeinde.

Die Zahl der Gemeinden, in welchen die Socialisten eine entscheidende Rolle spielen, mehrt sich; eine Anzahl Gemeinden, unter ihnen auch solche ziemlich kleinen Umfanges, befinden sich ganz in socialistischer Verwaltung, unter diesen auch Orvieto. Dieses Städtchen stellte im vergangenen Jahre einen Ueberschuß aus den Steuern von 1000 Fr. von dem die Hälfte der Kommune, die andre Hälfte an Angestellten zugeteilt wurde. Im Etat für 1903, der bereits fertiggestellt ist, sind für die Speisung der Schul Kinder 700 Fr. mehr ausgeworfen als im Vorjahre. Ferner ist die Eröffnung von fünf neuen Schulen vorgesehen, auch sind die nötigen Summen für die Beschaffung des Unterrichtsmaterials für die Schüler beschafft. Der städtische Garten, der früher in Privatbesitz war und jährlich noch einige 100 Fr. Aufwuchs erforderte, wird in diesem Jahre einen Nutzen von etwa 1400 Fr. abwerfen. Auch die Feuerwehre ist verstaatlicht und selbst für eine besondere städtische Kasse besorgt; zwei neue öffentliche Badeanstalten werden im Laufe dieses Jahres eröffnet. Außerdem sind eine Reihe Verbesserungen der Straßen im Beleuchtungsweifen usw. vorgesehen. — Zum Bedauern aller Reaktionsäre sind die Bewohner derartiger socialistisch verwalteter Gemeinden in ihrer überwältigenden Mehrheit mit dem Stande der Dinge selbstverständlich sehr zufrieden.

Rußland.

Rußlands Forderungen für Mazedonien.

In einem Leitartikel: „Zu den Reformen in Mazedonien“ schreibt die „Nowoje Wremja“ unter anderem: Rußland und Oesterreich-Ungarn verlangen Reformen mit Bürgschaften. Solche Reformen werden der Türkei nach gegenseitiger Vereinbarung zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn vorgelegt werden. Die Hauptpunkte schon jetzt zu bestimmen, ist nicht schwierig. Es sind dies: 1. Einsetzung einer finanziellen Kontrolle über die Erhebung der Steuern in den europäischen Provinzen sowie über die Gehaltszahlung an die Beamten und die Truppen; 2. Einsetzung einer Kontrolle über die Centramerica durch Wahl der Offiziere aus Angehörigen der neutralen europäischen Staaten (Belgien, Holland, die Schweiz); 3. Sehr erwünscht ist eine Kontrolle über die Gesamtverwaltung Mazedoniens, zu welchem Zwecke eine Persönlichkeitskontrolle erforderlich ist, die in gleicher Weise von den türkischen Traditionen wie nach Möglichkeit vom Bildungsstand selbst unabhängig ist. Das Blatt bemerkt am Schluß: Diese Maßregeln werden zwar die türkische Eigentümlichkeit empfindlich berühren, aber der Türkei selbst großen Nutzen bringen. Die Türkei bedarf in ihren europäischen Provinzen einer kleinen Operation. Jede Operation ist aber schmerzhaft und ruft naturgemäß den Widerstand des kranken Organismus hervor. Dieser muß aber durch gewisse Gewaltanstrengungen überwunden werden. Man muß hoffen, daß die Türkei sich fähig erweisen wird, der Stimme der Vernunft zu gehorchen, und daß sie die aus freiem Antriebe ihr dargebotene Hilfe annehmen wird.

Afrika.

Johannesburg, 13. Januar. Die Besprechungen, welche der Kolonialminister Chamberlain mit führenden Persönlichkeiten gehabt hat, versprechen Erfolg. Bezüglich der Abmachungen gehen verschiedene Gerüchte. Allgemein heißt es, daß eine garantierte Reichsanleihe in der Höhe von 30 Millionen Pfd. Sterl. für reproduktive Anlagen beabsichtigt sei. Bezüglich des Vertrages der Kolonien zu den Kriegslofen glaubt man, daß derselbe sich auf 30 Millionen Pfund Sterling beziffern werde und die Zahlung auf drei Jahre verteilt werden soll.

Amerika.

Amerika protestiert gegen die Blockade.

Einer New Yorker Drahtung der „Times“ zufolge richtete Staatssekretär Hay jüngst eine Mahnung an die Mächte gegen die Fortdauer der Blockade, weil diese den Venezolanern

erschwere, die Forderungen zu begleichen. Italien antwortete mit dem Vorschlage, daß die Unionstaaten die Ausführung des Schiedspruches verbürgen sollten, was Hay als unmöglich bezeichnete.

Partei-Nachrichten.

Strafconto. In den beiden Monaten November und Dezember vorigen Jahres wurden Strafen gegen Genossen erlassen von insgesamt zwei Jahren vier Monaten und einer Woche Gefängnis und 1600 M. Geldstrafe.

Ein praktisches Büchlein für die diesjährigen Reichstagswahlen ist der Arbeiter-Notizkalender für 1903. In Versammlungen, bei Unterhaltungen am Bierisch oder in den Pausen auf der Arbeitstätte wird so und so oft die Frage aufgeworfen, wieviel Stimmen in diesem oder jenem Kreise bei der letzten Wahl abgegeben. Auf diese Fragen antwortet sofort in zuverlässigster Weise der Kalender, der die Zahl der in jedem Wahlkreise für jede einzelne Partei abgegebenen Stimmen und außerdem auch die Prozentziffern der für die Socialdemokratie abgegebenen Stimmen enthält. Die Statistik erstreckt sich auch auf sämtliche bis zum Juli vorigen Jahres stattgehabten Nachwahlen. Daran schließen sich kurze biographische Notizen der socialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten und eine Tabelle, die eine Uebersicht über die für die Socialdemokraten in den einzelnen Provinzen und Staaten seit dem Jahre 1871 abgegebenen Stimmen enthält. Dann folgen die „Hinze für die Reichstagswahlen“. In einzelnen Kapiteln: Wer ist wahlberechtigt? — Verbreitung von Wahlendrschriften — Wahlversammlungen — Wählerlisten — Wahlzeit — Wahlgeheimnis — Wahlbeeinflussungen — Wahlkontrolle — Wahlprotest. — Ein Auszug aus dem Wahlgesetz und dem Wahlreglement — sind die Rechte der Wähler und die aus diesen folgenden Pflichten unter Parteigenossen zur Organisation des Wahlkampfes dargestellt, so daß es kein Parteigenosse veräumen sollte, sich dieses Hilfsmittel für die Agitation zu verschaffen. Durch die Adressenlisten der deutschen Gewerkschaften und der Fabrikinspektoren, durch die Darlegungen der wichtigsten Bestimmungen des Gewerbegerichts-Gesetzes, sowie eine Reihe wissenschaftlicher Notizen aus der Gewerkschaftsbewegung ist der Kalender auch ein Ratgeberbuch für Gewerkschaftsmitglieder. Einnahme- und Ausgabentabellen bilden den Schluß des Büchleins, das zum Preise von 60 Pfennig (Porto 10 Pf.) in allen Partei-Buchhandlungen sowie in der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, Lindenstr. 80, zu haben ist.

Aus den Organisationen. Die Parteigenossen des Wahlkreises Chemnitz haben ihre Organisation weiter gebildet. Für die Stadt werden Bezirksvereine gebildet; diese und die Vereine der anderen Orte des Kreises stellen je nach der Mitgliederzahl Abgeordnete, die einen Ausschuß bilden, in dem auch solche Orte ein Recht auf Vertretung haben, in denen mindestens zehn organisierte Genossen wohnen. Als höchste Spitze der Organisation ist ein Centralvorstand vorgesehen und alljährlich mindestens eine gemeinschaftliche Versammlung, die aber, so oft es nötig erscheint, stattfinden sollen.

Der neue socialdemokratische Verein für Neuh. L., der nunmehr die Landesorganisation darstellt, hat sich am Sonntag konstituiert.

Totenliste der Partei. In Dortmund starb der Parteigenosse Josef Pätzfeld im Alter von 64 Jahren. Der Verstorbenen ist mit der Parteigeschichte Dortmunds, wo er seit 1872 lebt, aufs engste verbunden; er hat an allen Phasen der Partei-Entwicklung dort teilgenommen und die verschiedensten Ehrenämter in der Partei bekleidet. Die „Arbeiter-Zeitung“ widmet ihm einen ehrenden Nachruf.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Wegen Verleumdung des Magistrats von Halberstadt war der Genosse Marxwald in Magdeburg, damals Redakteur an dem unter dem eingegangenen Halberstädter Parteiblatt, zu 200 M. Geldstrafe verurteilt worden. Es handelt sich um eine kritische Besprechung des Zustandes der Straßen in Halberstadt. Der Prozeß war bis zum Reichsgericht gekommen und dieses hatte die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Obergericht Magdeburg zurückverwiesen. In der neuen Verhandlung wurde dem Angeklagten der Satz des § 198 zugestimmt und die Strafe auf 60 M. herabgesetzt. In der Begründung des Urteils sagte der Vorsitzende unter anderem:

„Es steht von vornherein fest, daß eine Verleumdung von Behörden nicht so hart zu beurteilen ist, wie eine Verleumdung von Privatpersonen. Eine Privatperson kann durch eine öffentliche Verleumdung ihr ganzes Lebensglück, ihre Ruhe, ihre Existenz einbüßen; es ist selbstverständlich, daß bei einer Verleumdung von Behörden solche Folgen nicht eintreten können.“

Aus Industrie und Handel.

Die Haupt-Ein- und Verkaufsgenossenschaft in Dortmund, die zum Konzern der in Schwierigkeit geratenen Dortmunder Handelsbank gehört, und, wie bereits in Nr. 8 des „Vorwärts“ berichtet wurde, von ihren Mitgliedern zur Abwehr ihrer Zahlungsverlegenheiten eine weitere Einzahlung von 450 M. pro 1000 Mark-Anteil fordert, hielt gestern in Dortmund ihre jüngst einberufene außerordentliche General-Versammlung ab. Geleitet wurde hinter verschlossenen Thüren, doch weis die „A. B. W. Z.“ zu berichten, daß nach dreistündiger und teilweise erregter Debatte der Antrag des Vorstandes auf Einzahlung von 450 M. Geschäftsanteile pro Mitglied zum Beschluß erhoben wurde. Weiter beschloß die Versammlung die Einsetzung einer aus sieben Mitgliedern bestehenden Kommission, welche den Geschäftsgang und das Verhältnis zur Dortmunder Handelsbank prüfen soll. Gegen die Handelsbank soll mit allen Mitteln scharf vorgegangen werden. Man hält es für dringend nötig, von ihr los zu kommen. Nach Durchsührung des gefassten Beschlusses würde die Genossenschaft über ein Kapital von 337 000 Mark verfügen, durch welches die angewandten Verlegenheiten beseitigt werden dürften. Die Genossenschaft hatte bei der Centralgenossenschaftskasse in Berlin einen Kredit von 600 000 M., der augenblicklich nur mit einem kleinen Betrag in Anspruch genommen sei. Gegenüber stehen 1 200 000 M. Forderungen, deren Einziehung in kurzer Zeit durchgeführt werden soll. Außer den eingetragenen Forderungen ist das Getreidelager mit 200 000 M. bewertet, dieses ist jedoch gefahndet.

Jahresbericht der Essener Börse. Noch mehr als in dem Bericht der Essener Handelskammer kommt in dem der Essener Börse die Ansicht zum Ausdruck, daß die hohe Eisen- und Stahlindustrie Deutschlands im vergangenen Jahr nur infolge der Fortdauer der Hochkonjunktur in den Vereinigten Staaten von Amerika möglich war, und deshalb eine gewisse Abwärtsbewegung der amerikanischen Eisenindustrie auch die deutsche Eisenindustrie ungunstig beeinflussen werde. „Wenn“ heißt es in dem Bericht der Börse, „in industriellen Kreisen die Hoffnung ausgesprochen wird, daß die günstige Lage des amerikanischen Marktes andauern möge, bis der kritische Punkt in unserer eigenen Wirtschaftsentwicklung überwunden sei, so wird hiermit zugleich die Gefahr bezeichnet, mit der, trotz der ankündenden Genesung unseres Marktes, gerechnet werden muß, die Gefahr nämlich, daß dem außerordentlichen Aufschwunge in Amerika ein Zusammenbruch folgen könnte, der auch die europäischen Märkte in weitem Maße in Mitleidenschaft ziehen würde. Mit dieser Gefahr ist in jedem Falle zu rechnen, und Sache der in unseren Hauptindustrien leitenden Kreise wird es sein müssen, sich durch festen Zusammenschluß für einen solchen Fall zu rüsten.“

Befestigung im Holzgewerbe. Fast in allen Branchen des Holzgewerbes, schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“, hat nach Weihnachten der Geschäftsgang nachgelassen, so daß Entlassungen erfolgten und die Zahl der im Januar beschäftigten Arbeiter geringer war als am Jahresanfang. So werden aus Königsberg in Preußen mit 1200 im Holzgewerbe beschäftigten Personen zahl-

reiche Entlassungen gemeldet. In Bosen sind annähernd 10 Proz. der Arbeiter beschäftigungslos; außerdem ist zur Zeit der Jagd aus Schlesien besonders stark. In der Möbelbranche Hamburg ist die große Pause eingetreten. Von 2000 Holzarbeitern sind gegenwärtig circa 200 beschäftigungslos. In Charlottenburg haben auch nach Weihnachten mehrere Betriebe Arbeiter entlassen. In Weimar haben keine Entlassungen stattgefunden. Trotzdem ist der Geschäftsgang recht unbefriedigend. Die Bodenwerdener, die im Durchschnitt 18 M. betragen, sind in einzelnen Fällen bis auf 7 M. herabgegangen. In Solingen sind besonders die Bauarbeiter in einer ungunstigen Lage. Da im kommenden Frühjahr nur wenig Bauten in Angriff genommen werden, so finden vielfach Entlassungen statt. Verkürzt wird in Straßburg i. E. gearbeitet. Von 800 Arbeitern haben nur 500 volle Arbeitszeit. In Karlsruhe arbeitet von 1000 Holzarbeitern nur ein Viertel um eine Stunde pro Tag verkürzt. Verhältnismäßig gut beschäftigt sind die Holzarbeiter in Stuttgart. Die Pianofortefabriken sowie die Waagenfabriken können ihre Arbeitskräfte noch immer ausreichend beschäftigen, nur in einigen Möbelfabriken fehlt es an Aufträgen. Bei 3000 Arbeitern waren am Ende Dezember nur 100 arbeitslos. In München arbeiten 145 Arbeiter um eine Stunde täglich verkürzt. In den Möbelfabriken sind Ende des Jahres am 30 Arbeiter entlassen worden. Eine Waagenfabrik beschäftigt gegenüber dem Vorjahre 50 Arbeiter weniger. Die Zahl der Arbeitslosen betrug Ende Dezember 324.

Deutsches Kapital in Schweden. Das Schwedische Telegrammbureau teilt mit, daß gegenwärtig Verhandlungen stattfinden über den Ankauf der Aktien der Kuosjavaras-Kirunabara-Erzbergwerk-Gesellschaft durch ein deutsches Konsortium in Verbindung mit einem schwedischen Konsortium. Die Verhandlungen seien jedoch noch nicht soweit gediehen, daß man bestimmt sagen könnte, ob ein definitives Resultat erzielt werde.

Bündholz-Trust. Die sechs Bündholz-Aktiengesellschaften Schwedens haben sich kürzlich unter dem Namen „Bündholz-Trust“ zu einer Aktiengesellschaft zusammengeschlossen. Wie aus Stockholm gemeldet wird, hat diese Aktiengesellschaft jetzt bei einem Konsortium, das aus schwedischen Geldinstituten und Finanzleuten besteht, eine Obligationenanleihe von 8 Millionen Kronen aufgenommen.

Arbeitslosigkeit in Gera. In Gera hat vor einigen Tagen das Gewerkschaftsamt eine Arbeitslosenzählung vorgenommen. Gemeldet wurden in Gera und den Vororten 602 Arbeitslose, von denen nur 181 einer Organisation angehören. Die festgestellte Arbeitslosigkeit erstreckt sich auf die Dauer von 41 750 Arbeitstagen, so daß auf den einzelnen im Durchschnitt etwa 70 Tage kommen.

Sociales.

Die Einkommensbewegung in der Zeit der Krise.

Die „Statistische Korrespondenz“ veröffentlicht einige Hauptzahlen aus den Ergebnissen der Einkommensteuer-Veranlagung für 1902. Sie konstatiert,

„daß die ungunstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Zeit einen wesentlichen Einfluß auf die Höhe der besseren Einkommen ausgeübt haben.“

Die Fortsetzung überläßt das amtliche wissenschaftliche Blatt kargerweise solchen Mätern, die nichts von wissenschaftlichem Rufe zu verlieren haben; die Fortsetzung nämlich: da sieht man wieder, daß es gar nicht die kleinen Einkommen sind, die die Ungunst der Krise zu tragen haben. Diese Fortsetzung folgt; wenn nicht heute, so morgen.

Ist es auch nicht unrichtig, was die „St. A.“ konstatiert, so ist es doch unvollständig. Es wird konstatiert, daß das Durchschnittseinkommen bei den physischen Genossen der Gruppe über 3000 Mark von 9291,24 Mark im Jahre 1901 auf 9117,57 Mark im Jahre 1902 zurückgegangen ist, während das Durchschnittseinkommen der Gruppe zwischen 900 und 3000 Mark nur von 1947,91 M. im Jahre 1901 auf 1347,52 M. im Jahre 1902 zurückging. Zunächst ist es ganz begreiflich, daß in der nach oben und nach unten fest begrenzten Gruppe sich die Einkommensschwankungen nicht so erheblich bemerkbar machen, wie in einer nach der einen oder der anderen Seite nicht begrenzten Gruppe. Eine Gruppe mit festen Grenzen bildet gewissermaßen nur eine Durchgangsstation; bei einer Änderung der Einkommensverhältnisse infolge allgemein wirtschaftlicher Ursachen treten von unten der Gruppe neue Genossen zu, die die Hungergrenze von 900 M. überschreiten, es treten aber oben wieder Genossen aus durch Ueberschreitung der Obergrenze und umgekehrt. Ein Durchschnitt in einer solchen Gruppe wird deshalb in der Regel nicht allzu großen Schwankungen ausgelegt sein. Deshalb ist auch sehr wenig damit gesagt, wenn man den Durchschnitt einer oben und unten begrenzten Gruppe dem Durchschnitt einer nach oben unbegrenzten Gruppe gegenüberstellt. Es ist vielmehr ganz begreiflich, daß bei einer wirtschaftlichen Krise die nach oben unbegrenzte Gruppe von einem wesentlichen Rückgang des Durchschnitts betroffen wird. Es muß aber in dem besondern Falle noch ausdrücklich konstatiert werden, daß der Durchschnitt der Gruppe der kleineren Einkommen, also derer zwischen 900 und 3000 M. in dem ganzen Jahrzehnt von 1892 bis 1901 von 1374,24 M. auf 1347,91 M. zurückgegangen ist, um dann im Jahre 1902 noch um 0,30 M. zurückzugehen. In der Gruppe der großen Einkommen, also über 3000 M., stieg dagegen der Durchschnitt von 8811,75 M. im Jahre 1892 auf 9291,24 M. im Jahre 1901, das sind rund 480 M., um dann im Jahre 1902 auf 9117,57 M., also um rund 174 M. zurückzugehen.

Es giebt ein unvollständiges und darum falsches Bild des Sachverhalts, wenn man nur von dem wesentlichen Einfluß der ungunstigen wirtschaftlichen Verhältnisse der letzten Zeit auf die besten Einkommen redet, ohne zugleich den wesentlichen Einfluß der vorhergegangenen günstigen wirtschaftlichen Verhältnisse auf die besten Einkommen hervorzuheben und ohne zugleich hervorzuheben, daß die Gruppe der geringeren Einkommen auch unter den günstigen Verhältnissen keine Steigerung, sondern im Gegenteil Rückgang erfuhr.

Ein seltsames Bild von dem Einfluß der Krise auf die Einkommensverhältnisse ergibt eine Vergleichung der Zahlen von Stadt und Land.

Die Gesamtzahl der städtischen Steuerzahler vermehrte sich im Durchschnitt des Jahrzehnts 1892/1901 um jährlich 82 785, von 1901 zu 1902 aber um 87 340; die Gesamtzahl der ländlichen Steuerzahler vermehrte sich im Durchschnitt des Jahrzehnts 1892/1901 um jährlich 88 271, von 1901 zu 1902 aber nur um 25 510. Es zeigt sich also auf dem Lande eine Stodung in der Vermehrung der Steuerzahler, während die Städte den Durchschnitt der letzten zehn Jahre noch wesentlich überschreiten. Ob auch eine Ueberschreitung der Zunahme der letztvorhergegangenen Einzeljahre vorliegt, ist daraus noch nicht zu schließen. Daß die Ursache für diese Erscheinung nicht etwa in einem besondern Rückgang der ländlichen Bevölkerung zu suchen ist, dürfte schon die Erfahrung beweisen, daß gerade in Zeiten der Krise der Zuzug vom Lande zur Stadt ins Stodden gerät. Es zeigt sich aber auch, daß der Anteil der Genossen an der entsprechenden Gesamtbevölkerung, der im Durchschnitt des Jahrzehnts 1892/1901 auf dem Lande wie in der Stadt gleichmäßig gestiegen ist, im Jahre 1902 auf dem Lande eine wesentlich geringere Steigerung erfuhr wie in der Stadt, nämlich nur um 1,1 Proz. gegen 1,6 Proz. in der Stadt. Die Schlussfolgerung, die durch die Krise in dem Aufsteigen der Einkommen über die

Summe von 900 M. bewirkt worden ist, macht sich also auf dem Lande viel stärker bemerkbar wie in der Stadt. Sollte man eine Ursache dieser unerwarteten Erscheinung nicht in der Hilf- und Schutzlosigkeit der ländlichen und kleingewerblichen auf dem Lande wohnenden Arbeiter im Gegensatz zu den gewerkschaftlich organisierten der städtischen Industrie erblicken?

Dazu kommt noch eins. Scheidet man auch nach Stadt und Land die Einkommen in die beiden Gruppen auf der Grenze von 3000 M. so zeigt sich, daß in den Städten der Durchschnitt der Unterklasse noch um eine Kleinigkeit gestiegen ist (um 2 Pf.), auf dem Lande ist er gefallen um 1,78 M. In der Oberklasse beträgt der Rückgang in den Städten rund 200 M., auf dem Lande nur 80 M. Es haben also auf dem Lande im Verhältnis zur Stadt die niederen Einkommensklassen viel mehr bluten müssen wie die oberen.

Die Textilbetriebsklasse in Gera beschäftigte sich in außerordentlicher Generalversammlung mit dem Streik der Kerze. Es wurde konstatiert, daß alle bisherigen Maßnahmen des Ausschusses in der Angelegenheit auf einstimmigen Beschlüssen beruhen. Auch die Generalversammlung erklärte sich in einer einstimmig angenommenen Resolution mit den Maßregeln des Vorstandes einverstanden.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Stucentenre in Berlin und Umgegend. Schneller als wir erwartet hatten, ist in diesem Jahre an uns die Anforderung getreten, gemeinschaftlich für unsere Interessen einzutreten. Wie Ihr aus den Annoncen schon ersahen habt, sind bei den Firmen Bachmann und Schuchert Lohnbifferenzen ausgebrochen, welche nicht anders als durch Arbeitsniederlegung zum Austrag zu bringen sind. Bei Bachmann, welcher bis Neujahr wenigstens die grundlegenden Bedingungen aller unserer alten Tarife bezahlt hatte, trat jetzt, während der für uns schon so wie so ungenügenden Zeit, an die Kollegen die Forderung heran, Gestanke für 1/2 und 1/3 Pf., Rosetten im Durchschnitt für 40 Pf. anzusehen und auch an der Fassade soll bedeutend unter dem Tarif bezahlt werden.

Bei der Firma Schuchert ist seit langem eine durchaus unwürdige Arbeitsordnung gültig, welche durch Unterdrückung der dort Ansetzenden unter anderem das Rauchen, Singen, Pfeifen und Diskutieren untersagt. Ferner soll von jetzt ab auch der bisher von der Firma gestellte Arbeiter zum Zutragen der Sachen und Materialien seitens der Kollegen bezahlt werden; eine Zumutung, die eine Keuerung in unserer Geschäftspraxis ist. Es soll uns eine Last aufgebürdet werden, welche in allen besseren Geschäften schon heute bei großen Arbeiten seitens der Geschäftshaber gern getragen wird. Im übrigen ist dies eine, im nächsten Frühjahr zu formulierende Forderung, welche unbedingt in allen Betrieben zur Geltung zu bringen ist.

Kollegen, wir erwarten von Euch, daß Ihr diese berechtigten Forderungen als die Euerigen erklärt, solidarisch handelt und daß niemand unter uns sich den unwürdigen Namen Streikbrecher zuschiebt. Auch werden die auf den nachbenannten Bauten beschäftigten Arbeitsschüler anderer Verufe ersucht, ein nachsames Auge auf alle unzufriedenen Sturcuten zu haben. Die Bauten von Bachmann befinden sich Wilhelm Stolzstraße, Noabit, Oldenburgerstraße, Gubenstraße 30, Stolpischestraße Van Churheber, Friedenstr. Die der Firma Schuchert Helgoländer Ufer, Mich- und Thomaststraße.

Es sei hier zu gleicher Zeit auf unsere nächste General-Versammlung hingewiesen, welche sich am Montag, den 19. d. M., abends 8 Uhr, bei Franke, Sebastianstraße 39, mit diesen Angelegenheiten beschäftigen wird. Die Ortsverwaltung.

Achtung, Metallarbeiter! Folgende Werkstätten sind wegen Differenzen gesperrt: Wölter, Ehengießerei, Müllerstraße; Jachmann, Ehengießerei und Geschloßfabrik, Verlängerter Huttenstraße; Kaiser u. Schmidt, elektro-technische Werkstatt; Eitner, Gießerei, Sebastianstraße; Witte, Feilenfabrik; Brandenburg u. Kengert für Schleifer; Fieyler für Drücker.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Zum Bergarbeiterstreik in Oberschlesien wird uns aus Deutchen geschrieben:

Die streikenden Bergleute der Florentinegrube, die ihren Streik ohne jede Zeitung durchzuführen, sammelten sich seit einigen Tagen zahlreich in den dem Arbeitersekretariat benachbarten Straßen; am Montag, den 12. d. M., wählten sie eine Deputation von fünf Mitgliedern in das Sekretariat, um dieses um die Einleitung einer Verhandlung mit der Verwaltung der Florentinegrube zu bitten. Es wurde ihnen willfahrt, indem ihre Forderungen festgestellt und formuliert wurden. Die Deputation unterschrieb die Forderungen, die mit einer Bitte um Anberaumung einer Verhandlung verbunden waren. Darauf unterschrieben auch die nach und nach in immer größerer Zahl ercheinenden Arbeiter, so daß das keine Sekretariatsbureau bald gefüllt war. Da erklärten die Deputierten die Forderungen, die die Verwaltung der Forderungen zu übergeben und der einer Vermittlung war indes erreicht. Das konnte der Eifer der Polizei glücklicherweise nicht hindern.

Achtung, Holzarbeiter! Aus Zusum wird uns vom dortigen Bevollmächtigten der Holzarbeiter telegraphiert, daß wegen Maßregelung bei Köhn u. Co. der Zugang nach Husum fernzuhalten ist.

Der Meeraner Weberstreik hat an Unterstützungsgeldern aus der Klasse des Textilarbeiter-Verbandes eine Ausgabe von 180.000 M. verursacht. 12.000 M. haben außerdem die Sammlungen ergeben, welche das Meeraner Gewerkschaftskomitee veranstaltete, um den Streikenden eine besondere Weihnachtsgabe zuzuwenden. — In den Bedingungen, unter denen der Streik beigelegt wurde, ist auch ein Postus enthalten, wonach die Vertreter der Arbeiter sich verpflichten, den vereinbarten Lohnsatz auch in Glauchau zur Durchführung zu bringen. Glauchau war bei dem Streik bekanntlich stark in Mitleidenschaft gezogen, weil mehrere hundert Arbeiter, die keine Meeraner Arbeit anfertigen wollten, daselbst in den Ausstand getreten waren. Die Erzeugnisse der Meeraner Weber werden also auch ihren Glauchauer Kollegen zu gute kommen.

Allen Urdein nach rufen die vogtländischen Textilarbeiter auf neue gegen die Arbeiter. Die Leipz. Volksztg. bringt folgende Meldung: Infolge des Weberstreiks fand in Jwidau eine Versammlung sachlicher und thüringischer Weberbeisitzer statt. Es wurde beschlossen, ein Kartell zu gründen zwecks gemeinsamer Zusammenschlüsse gegen unrechtmäßiges Vorgehen der Arbeiter. Dem Kartell gehören die Weberbeisitzer der Städte Glauchau, Meerane, Reichenbach, Gera, Greiz, Rylau, Reichenau u. a. an.

Wenn die Unternehmer wirklich nur gegen unrechtmäßige Forderungen der Arbeiter vorgehen wollen, dann dürfen sie überhaupt keine Gelegenheit zum Vorgehen finden. Daß die Textilarbeiter-Organisation für ihre rechtmäßigen Forderungen einzustehen kann, das hat sie schon erst bewiesen, und sie wird auch im Falle der etwaige unrechtmäßige Forderungen der Unternehmer zurückzuweisen.

Der Verband der Steinseker, Plasterer und Berufsangehörigen Deutschlands hat anlässlich seines zehnjährigen Bestehens eine Festschrift seines Verbandsorgans erscheinen lassen. Die Festschrift, welche uns schon zugeht, präsentiert sich in schmuckem Gewande, mit ganzseitigem, farbigen Titelbild und enthält eine für den Rahmen einer Zeitung sehr ausführliche Geschichte des Verbandes, die ein anschauliches Bild von der zehnjährigen Wirksamkeit der Organisation giebt.

Organisierte Arbeiter werden nicht beschäftigt. Von Seiten des Brauereiarbeiter-Verbandes wird uns geschrieben: Die das Koalitionsrecht der Arbeiter in der Exportbrauerei Made-Verantwortl. Redakteur: Carl Feld in Berlin. Inverantw. verantwortlich: 23.

Berg durch den dortigen Braumeister trotz gegenseitiger Versicherung geachtet wird, leht folgenden Schreiben des Braumeisters Bräune, datiert vom 20. November 1902:

Auf Ihre wertere Schreiben vom 20. d. M. erwidere ich Ihnen, daß Ihr Herr Sohn seiner Zeit auf Empfehlung von mir eingestellt wurde. Schon nach kurzer Zeit seiner Einstellung ist derselbe dem sozialdemokratischen Fachverein für Brauerei-Arbeiter in Dresden beigetreten, und hat dieser Fachverein es dahin gebracht, daß in Dresden ein Arbeitsnachweis gegründet wurde, von wo wir unsere sämtlichen Leute einzustellen gezwungen sind. Die wenigen Leute, die ich frei, also ohne Benutzung des Arbeitsnachweises, einstellen kann, suche ich mir unter den sich bei mir meldenden Brauereiarbeitern heraus, aber ein Fachvereins-Mitglied in dieser Beziehung zu berücksichtigen thut mir wirklich leid.

Da nun die Arbeiter, die ohne den Arbeitsnachweis eingestellt werden, trotzdem dem Brauereiarbeiter-Verband beitreten, verliert der Braumeister unter der Augen auf sie einzustellen und sie zum Austritt aus dem Verbands zu bewegen, schreibt auch bezügliche Briefe an ihre Eltern oder Angehörigen. Das hatte auch den Erfolg, daß in einem Falle ein junger Brauer seine Austrittserklärung aus dem Brauereiarbeiter-Verband von seinen Eltern zugesichert erhielt. Der nötige Nachdruck seitens des Braumeisters besorgt das übrige. — Für die Berliner Arbeiter hat diese Angelegenheit insofern besonderes Interesse, als die Pichelsdorfer Brauerei ein Zweiggeschäft der Madeberger ist.

Aus Anlaß der Sanarbeiter-Aushebung in Kiel wurden von der dortigen Strafkammer kürzlich zwei Zimmerer, jeder zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Als ein Unternehmer einen Transport italienischer Streikbrecher auf dem Bahnhof in Empfang nahm, haben die Beurteilten — wie das Gericht als erwiesen anmaßt — den Unternehmer gestochen. Das Gericht erkannte den Angeklagten mildernde Umstände zu, weil das Auftreten des betreffenden Unternehmers ein höchst provozierendes gewesen ist. — Und trotzdem die harte Strafe — außer den beiden Beurteilten waren noch fünf andre Maurer und Zimmerer angeklagt. Sie sollen bei derselben Angelegenheit die Streikbrecher beleidigt und bedroht haben. In dieser Hinsicht stand die Anklage aber auf so schwachen Füßen, daß die fünf freigesprochen wurden.

Ausland.

Die schweizerischen Gewerkschaften haben am vergangenen Sonntag einen Massenprotest veranstaltet gegen die an dieser Stelle bereits besprochene Verordnung des Ministeriums des Innern, in der den Gewerkschaften das Selbstbestimmungsrecht und die Bewegungsfreiheit über die Gewährung von Unterhaltungen benommen werden soll. — In Wien fanden 44, in der Provinz 100 Versammlungen statt, die alle stark besucht waren und eine entsprechende Protestresolution annahmen.

Die Klemperergesellen zu Horsens in Jütland streiken gegenwärtig, weil die Unternehmer die Löhne der jungen Gesellen herabsetzen wollen. In der dänischen Presse ist die Nachricht verbreitet worden, die Klemperermeister beabsichtigen des Streiks wegen eine allgemeine Absperrung, zunächst in Jütland, und wenn das nicht helfen sollte, über ganz Dänemark zu veranlassen. Es scheint jedoch, daß ein bestimmter Beschluß hierüber noch nicht vorliegt.

Der Streik in Warschau ist zwar beendet, aber es befinden sich noch eine große Anzahl von Personen vom Streik her im Gefängnis; unter diesen sind besonders viele Bäcker. Auch jetzt sind noch viele Opfer des Ausstandes vorhanden, welche keine Beschäftigung finden; die Arbeitsloserei erklärt einen Rufus um Unterstützung.

Versammlungen.

Teuerungszulage für die städtischen Arbeiter.

Die städtischen Arbeiter berieten gestern in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung im großen Saale des Gewerkschaftshauses über die Forderung einer Teuerungszulage. An der Hand eines vielseitigen statistischen Materials begründete Genosse Schaubert dieselbe unter Hervorhebung der Thatfache, daß die meisten städtischen Arbeiter mit dem vollständig ungenügenden Lohnsatz von 3,50 M. entschädigt werden. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute im Gewerkschaftshaus versammelten 2500 städtischen Arbeiter erklären sich mit den Ausführungen des Verbandssekretärs Schaubert und den übrigen Diskussionsrednern vollständig einverstanden und richten an die städtischen Kollegien (Magistrat und Stadtdirektor) den dringenden Wunsch, so lange eine bessere Lohnentschädigung für die städtischen Arbeiter nicht stattgefunden hat, ihnen eine Teuerungszulage gewähren zu wollen.

Nach Ausweis statistischer Berechnungen von staatlichen und kommunalen Behörden sowie Privatpersonen gilt als feststehend, daß neben einer ziemlich erheblichen Steigerung der Wohnungsmieten, des Heizungsmaterials usw., eine ganz bedeutende Erhöhung der Fleisch- und Brotpreise stattgefunden hat. Dieser Zustand, der als ein vorübergehender kaum angesehen werden kann, da ja inzwischen die Stellungnahme unserer Staatsbehörden gegenüber der Einfuhr von Fleisch und Vieh aus andren Ländern sich als eine festlegende und für die folgemachgebende herausgestellt hat, erfordert gebieterisch entweder eine weitere Unterernährung der städtischen Arbeiter oder aber eine notwendige Erhöhung des jetzt in bescheidenen Grenzen sich bewegenden Lohnsatzes.

Das häufig betonte Bestreben unserer wohlhabenden Kommunalbehörden, auch der Lebenshaltung ihrer Angehörigen eine den sozialpolitischen Zielen der Stadt entsprechende Förderung zu teil werden zu lassen, nicht und die Zuversicht, daß diese von uns den tatsächlichen Verhältnissen angepaßte Forderung auf Entgegenkommen rechnen darf.

Das Bureau wird beauftragt, die Wünsche der Versammelten in zweideutiger Form zu übermitteln.

Die Volksaufklärung über die Frage der gleichgeschlechtlichen Neigung (Homosexualität) und der Resamendlichkeit des § 175 des Straf-Gesetzbuchs, der den gleichgeschlechtlichen Verkehr mit Strafe bedroht, suchte der Verein für Gesundheitspflege des Volkes durch eine zu diesem Zwecke am Montag einberufene öffentliche Versammlung für Männer und Frauen zu fördern. Der Besuch war ein äußerst zahlreicher, der große Saal von Herrn Brauer war bis zum letzten Platz gefüllt. Auch viele Frauen waren erschienen. Herr Dr. Magnus Hirschfeld, der Präsident des wissenschaftlich-humanitären Komitees, referierte. Er ging davon aus, daß die Erscheinung des „dritten Geschlechts“, des gleichgeschlechtlichen Empfindens, der Homosexualität, nur vom naturwissenschaftlichen Standpunkt aus erfährt werden könne. Nur so könne das Volksurteil gegen die Herrings (deutsche Bezeichnung für Homosexuelle) beseitigt werden. Es genüge nicht allein der rechtliche Gesichtspunkt, daß es niemand etwas angehe, was zwei mit einander thun, ohne dritte dabei zu verletzen. Redner ließ sich dann in populär-wissenschaftlicher Weise über die Zeugung und über die Entwicklung des menschlichen Körpers aus, insbesondere mit Bezug auf die Geschlechtsunterschiede, gab einige Ausführungen über Zwittergestaltungen der eigentlichen Geschlechtsorgane und vermittelte dann auf die Erscheinung, daß viele Männer bei richtiger Ausbildung des Geschlechtsorgans doch in den sekundären Geschlechtsmerkmalen der Behaarung des Körpers, der Entwicklung der Brust, der Stimme usw., einem Weibe ähnelten und dabei weibliches Empfinden zeigten. Ihnen ständen auf der andren Seite die sogenannten Mannweiber gegenüber. Es gebe natürlich viele Zwischenstufen. Bei vielen Männern und Frauen dieses sogenannten „dritten Geschlechts“ sei nun auch der Geschlechtstrieb dezent entwickelt, daß er sie zum eignen Geschlechte führe und nicht, wie bei den Normalentwickelten und Normalempfindenden, zum andren Geschlecht. Der

Referent, der sich hierbei auf eigene Feststellungen in mehr als 1500 Fällen stützen konnte, ging darauf noch näher ein und zeigte im zweiten Teile seines Vortrages, wie überaus ungerecht und geradezu brutal es sei, von der Natur bedachte Personen für ihre Empfinden, für ihren Naturtrieb und seine Befriedigung strafrechtlich und moralisch verantwortlich zu machen. Der Redner schloß mit der Bemerkung: Ist mit den Korrupten und fort mit dem jetzigen § 175, der schon o viel Unheil angerichtet hat, damit die wissenschaftliche Forschung und die Wahrheit den Sieg davontragen! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Die Diskussion, an der sich Dr. Burghard, Herr Opper, Ingenieur Gumprecht, Herr Brandenburg und Herr Jansen beteiligten, hielt sich wesentlich im Rahmen des Vortrages. Der Referent konnte im Schlußwort seine Freude darüber aussprechen, daß niemand das Geschehen des § 175 des Straf-Gesetzbuchs zernünftig habe. Es sei somit Hoffnung vorhanden, daß bald nicht mehr die Regierung sagen werde, das Volk sei gegen die Aufhebung des § 175. (Lebhafter Beifall.)

Arbeiter-Bildungsschule. Die ordentliche General-Versammlung fand am 7. Januar im Gewerkschaftshaus statt. Nach dem vom Vorsitzenden Lammé gegebenen Vorstandsbericht betrug die Mitgliederzahl im 4. Quartal 1902 369, wovon an einem Kurzus 231, an 2 Kurzen 56, an 3 Kurzen 12 und an 4 Kurzen 2 Mitglieder teilnahmen. In dem Sonntagvormittag stattgefundenen Kurzus in Redeüberlegung für Fortgeschrittene waren 12 Teilnehmer zugelassen. Von sonstigen Veranstaltungen der Schule fanden 4 Sonntag-Versammlungen und ein Schüler-Abend statt. — Aus dem vom ersten Kassierer G. Königs gegebenen Kassensbericht ist zu entnehmen, daß die Gesamteinnahmen für das verfloßene Vierteljahr 1902/03 1180,25 M. betragen, während sich die Gesamtausgaben auf 2720,28 M. am 31. September ein Bestand von 2025,03 M. am 31. Dezember verbleibt. Die Bibliothek, welche im letzten Quartal wieder um eine Anzahl Bände vermehrt ist, erfreute sich einer regen Benutzung der Mitglieder. Nach kurzer Debatte über den Vorstandsbericht wurde dem Bibliothekar und Kassierer Dehage erteilt. — In der von der vorigen General-Versammlung beschlossenen Statuten-Änderung wurde nach längerer, ausgiebiger Debatte mit 52 gegen 11 Stimmen bei einer Präsenz von 70 eine von Königs beantragte Fassung angenommen, wonach alle drei Bibliothekare das Recht haben, an den Vorstandssitzungen teilzunehmen, wovon aber nur 1 Bibliothekar beratende und beschließende Stimme, die andren beiden nur beratende Stimmen haben. Nachdem Schriftsteller Dr. A. Steiner den Bericht über die von ihm geleiteten Kurse gegeben hatte, wurde beschlossen, den Rede-Übungskursus für Fortgeschrittene noch ein viertel Jahr probeweise weiter zu führen. Es soll zu diesem Kurzus eine möglichst sorgfältige Auswahl unter den sich Meldenden stattfinden, um bei der Ausbildung ein möglichst gutes Resultat zu erzielen. — Unter Beschließen wurde der Wunsch geäußert, einmal einen Kurzus in „allgemeiner National-Ökonomie“ lesen zu lassen. Nachdem der Vorsitzende Lammé auf die neu beginnenden Kurse und auf das am Sonntag den 25. Januar stattfindende Stiftungsfest aufmerksam gemacht hatte, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Reichstags-Erwahl in Danzig.

hat uns einen außerordentlichen Zuwachs an Stimmen gebracht. Das Resultat liegt in folgendem Privatteleogramm vor:

Danzig, 13. Januar. Bei der heute vollzogenen Erwähl für den verstorbenen Abg. Niderer erhielten Stimmen: Partel (Soz.) 676, Rommjen (fr. Bg.) 617, v. Heidebreck (L.) 4265, Stichwahl zwischen Partel und Rommjen.

Wolfs Telegraphen-Bureau meldet folgendes Ergebnis: Bei der heutigen Reichstags-Erwähl des Wahlkreises Danzig (Stadt) erhielten Rommjen (fr. Bg.) 6176, v. Heidebreck (L.) 4282, Partel (Soz.) 5568, Wolfslegler (Volk) 329 Stimmen. 37 Stimmen sind zerstreut, 102 unglücklich.

Im Jahre 1898 erhielten Stimmen: Konserbative 2063, Freisinnige Vereinigung 2231, Centrum 3086, Sozialdemokrat 38, Antisemiten 380 und Polen 310. In der Stichwahl siegte i. Kandidat der Freisinnigen Vereinigung mit 11.124 Stimmen gegen den Sozialdemokraten, auf den 4776 Stimmen entfielen.

Gegen die Hauptwahl von 1898 haben sich unsere Stimmen u. nahezu 2000 vermehrt, gegen die Stichwahl um 800. Die Stimmen der Freisinnigen sind gegen die 98er Hauptwahl um 1000 zurückgegangen. Centrum und Antisemiten hatten diesmal keine Kandidaten aufgestellt, und so ist es zu erklären, daß es auf den Konserbativen entfallenden Stimmen eine Zunahme aufzuweisen haben. Die einzige Partei, die in diesem Wahlsam Erfolg erzielt hat, ist die Sozialdemokratie.

Zugerei.

Wien, 13. Januar. (W. T. U.) In der heutigen Gemeinderats-sitzung kamen die letzten Arbeitlosen-Demonstrationen in einer an den Bürgermeister gestellten Anfrage zur Sprache. Hierbei antwortete Dr. Zueger mit einer längeren Rede, in welcher er den Sozialdemokraten vorwarf, daß sie die Ergeße angelistet hätten. Den sozialistischen Gemeinderat Reumann, der dem Bürgermeistern entgegen wollte, wurde infolge lebhafter Proteste das Wort nicht erteilt, weshalb er dem Bürgermeister beleidigende Worte zuzief. Es kam zwischen der Mehrheit und der Opposition in lebhaften Szenen, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme wurde der Disziplinarantrag gegen Reumann, der den Sozialdemokraten Reumann von der heutigen und den nächstfolgenden drei Sitzungen ausschloß. Der Rest der Sitzung verlief ruhig.

Präsidentenwahl in der Kammer.

Paris, 13. Januar. (W. T. U.) Die Deputiertenkammer wählte mit 336 von 414 abgegebenen Stimmen Bourgeois zum Präsidenten; zu Vizepräsidenten wurden gewählt Etienne, Ledroz und Villain. Für den Posten des dritten Vizepräsidenten hat Stichwahl zwischen Jourès und Renaud-Morlière stattgefunden.

Zum vierten Vizepräsidenten wurde Jaurès mit 209 Stimmen gewählt. Auf Renaud-Morlière (Progressiv) entfielen 106 Stimmen.

Feuer im Dortmunder Theater.

Dortmund, 13. Januar. (W. T. U.) Der „Dortmunder Zeitung“ zufolge brach heute in dem Theater-Bureau des Stadt-Theaters, welches sich in einem alten, morschen Nebengebäude des letzteren befand, Feuer aus, das bald auf die Bühne und den Zuschauerraum übergrang. Das Bühnenhaus ist vollständig abgebrannt; sämtliche Requisiten sind ein Raub des Feuers geworden, ebenso ist das Mobiliar des Zuschauerraums zum größten Teil zerstört.

Zweikampf.

Aus Saarbrücken wird dem „Wälz Kurier“ gemeldet. Der Bürgermeister von St. Johann, Dr. Keff, kam dahinter, daß seine junge, hübsche Frau mit einem Rittmeister der Mannen ein Liebesverhältnis unterhielt. Zwischen dem Bürgermeister und dem Rittmeister fand alsdann ein Zweikampf statt, wobei Dr. Keff verwundet wurde. Die junge Frau ist nun mit dem Rittmeister durchgebrannt.

Erleichterung der Kohleneinfuhr nach den Vereinigten Staaten.

Washington, 13. Januar. (W. T. U.) Das Komitee des Repräsentantenhauses für Mittel und Wege hat beschlossen, dem Hause ein Gesetz vorzulegen, nach welchem ein Jahr hindurch bei der Einfuhr aller Arten von Kohlen aus dem Auslande ein Rabatt in der Höhe des Zollsatzes gewährt werden soll.

Carl Singer & Co., Berlin SW. Giergen & Belogen u. Unterhaltungsbüch.

Reichstag.

286. Sitzung. Dienstag, den 13. Januar 1903, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsstische: Graf Pofadowsky.

Präsident Graf Balleskrem: Indem ich die Sitzung eröffne, begrüße ich die Herren nach der längeren Weihnachtspause auf das herzlichste und wünsche Ihnen nochmals ein recht glückliches neues Jahr. (Beifall.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Beratung der zum Zolltarif gestellten Resolutionen sowie der Petitionen.

An erster Stelle wird beraten über die von der Kommission angenommene Resolution: den Bundesrat zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung unter Hinzuziehung von Vertretern des inländischen Tabakbaues in eine Prüfung darüber einzutreten, in welchen Beziehungen die zur Ausführung des Gesetzes vom 16. Juli 1879 betr. die Besteuerung des Tabaks erlassenen Vorschriften im Interesse der kleineren Tabakbauern vereinfacht werden können, und dem Reichstage von dem Ergebnis dieser Untersuchung Mitteilung zu machen.

Abg. Hehl zu Herrnsheim (natl.) tritt für die Resolution ein. Seine Ausführungen bleiben im einzelnen auf der Tribüne fast unverändert.

Abg. Ehrhart (Soc.):

Man ist allgemein im Lande, namentlich aber bei den Tabakpflanzern selbst der Ansicht, daß das ganze Tabaksteuer-Gesetz ein unheiliges ist. Vor allem bringt es eine unerhörte Last von Plakaten und Scherereien für die kleinen Tabakbauern mit sich. Die Regierung scheint die Absicht zu haben, den kleinen Tabakbauern allmählich in Deutschland zu beseitigen. Jetzt nun, nachdem das Gesetz 23 Jahre besteht, sollen die Vollzugsbestimmungen einer Revision unterzogen werden. Der Konflikt über den herrschenden Zustand ist schon seit Erlaß des Gesetzes erdient, aber noch heute ist die Kommission so vorzüglich gewesen, der Regierung nur nahezuigen, Erwägungen anzustellen, ob es möglich sei, diese Vollzugsbestimmungen zu vereinfachen. Man will nichts weiter, als den kleinen Tabakbauern ein Verlegenheitsplakat aufzulegen, man wirft ihnen einen Stock vor. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Vollzugsbestimmungen des Gesetzes sind der Art, als ob man von vornherein voraussetzte, daß alle kleinen Bauern Spitzbuben seien, während man doch sonst den kleinen Bauern nicht genug Lob spenden kann.

Die einfachste und zugleich die billigste Art der Besteuerung wäre die Flächensteuer. Aber gerade deshalb hat man sie bei uns vielleicht nicht gewählt, sondern die Gewerbesteuer, die die größte Arbeit macht. Weder geht ausführlich auf die äußerst umständliche Art der Ermittlung der Steuer nach dem Gewicht des Tabaks ein. Um die Menge des zu verkauften Tabaks zu verweigern, tritt zum Beispiel eine Verweigungskommission in Kraft, welche aus einem Richter, einem Aufseher und einem Diebstahlverhinderer besteht. Der Verweigung wohnt noch ein Oberkontrolleur bei, welcher auch sonst bei der Ermittlung vielfach mitwirkt. Die von dem Pflanzler vorgeführte Menge des Tabaks wird zum Teil durchgezählt und ihr werden im Holzwege Proben entnommen. Gerade bei dem Holzwege. Die notwendigen Handlungen beim Sortieren muß der Pflanzler selbst machen resp. die Kosten dafür tragen. Werden die Tabakpflanzungen durch Naturereignisse beschädigt, so muß der Pflanzler wäsendes immerhalb vier Tagen die Ursache und den Grad der Beschädigung melden. Der Oberkontrolleur nimmt mit dem Gemeindevorsteher eine Besichtigung an Ort und Stelle vor und fertigt ein Gutachten an. Ebenso groß wie die Reihe der schändlichen Bestimmungen ist die Anzahl der Strafbestimmungen. Der Pflanzler muß ein wahrer Seiffmeister sein, wenn er über all diese Strafbestimmungen heil hinwegkommt. Würde das Gesetz in seiner vollkommenen Schärfe gehandhabt, so könnte heute keine zehn Centner Tabak mehr in Deutschland gebaut werden. Der Reichstag hat sich bereits mehrfach mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Ein vor längerer Zeit eingebrachter Antrag auf Herabsetzung der Inlandssteuer für Tabak wurde von Seiten der Bundesratsvertreter mit finanziellen Bedenken bekämpft. Aber heute können doch diese Bedenken nicht mehr gelten, da Sie (noch rechts und dem Centrum) in der Nacht vom 13. zum 14. Dezember dafür gestimmt haben, daß der Staatssekretär des Reichs-Schatzamt im Falle Schwimml! Es kommt hinzu, daß die Erhebungskosten einen großen Teil der Steuer sofort wieder verschlingen. Das einzig Richtige ist die Aufhebung der Inlandssteuer. Hier wäre Gelegenheit für Sie (zur Mehrheit), Ihr wohlthätiges Herz gegenüber Tausenden von kleinen armen Bauern zu betätigen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Heute wird geradezu der kleine Tabakbau dem Fiskus aufgeopfert. Eine Aufhebung der Steuer würde es dem deutschen Tabakbauern ermöglichen, eine größere Sorgfalt auf die Kultur und Veredelung des Tabaks zu verwenden und sich mehr und mehr dem Geschmack der deutschen Konsumenten anzupassen. Angeltliche Freunde der pfälzischen Tabakbauern haben diesen vor einzutreten versucht, daß bereits jetzt pfälzische Tabake ausgeführt und dann als Havannatabak nach Deutschland wieder eingeführt würden. Solche Schmeicheleien eignen das Selbstbewußtsein der Bauern, nähren ihnen aber nichts. Weiterhin hatte man eine lebhafteste Agitation zu Gunsten einer Erhöhung des Tabakzolltes eröffnet. Die Gemeinden haben Tausende ausgegeben für Deputationen nach Berlin, um Minister, Prinzen und was sonst von Einfluß ist, für eine Zollherabsetzung zu gewinnen. Weder gibt eine längere Darstellung der Agitation für eine Erhöhung des Tabakzolltes, bleibt aber bei der großen Unruhe des Hauses im einzelnen auf der Tribüne verständlich.

Die heutige Resolution giebt dem Verdacht Raum, daß die Regierung noch andre bis jetzt nicht ausgesprochene Absichten in petto hat. Der einzig richtige Weg ist die gänzliche Abschaffung der Tabaksteuer. Damit werden alle Schikanierungen beseitigt und die Pflanzler in den Stand gesetzt, mit mehr Lust und Liebe zu arbeiten und den Tabakbau zu veredeln. Wir stimmen trotzdem für die Resolution, werden aber, falls sie eingebracht wird, nicht vergehen, zu gegebener Zeit die Herren von der Regierung an sie zu erinnern. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frese (fr. Vg.): Hr. Hehl zu Herrnsheim suchte die Lage des deutschen Tabakbaues und die Tabaksteuer für inländisches Gewächs als besonders ungünstig hinzustellen. Das widerspricht durchaus den Feststellungen des Deutschen Tabakvereins, wonach in der Konjunktion eine wesentliche Verschlebung zu Gunsten des deutschen Tabakbaues stattgefunden hat. Auch die Preise für guten deutschen Tabak haben sich sehr gehoben. Was die Kontrollbestimmungen anlangt, so sind wir stets dafür eingetreten, daß sie möglichst wenig einengend gestaltet werden mögen und ich kann diesen Wunsch nur wiederholen.

Direktor im Reichsschatzamt v. Fischer: Wenn die Resolution angenommen wird, werden sich die Verbündeten Regierungen der Aufgabe nicht entziehen, in eine Prüfung der Frage einzutreten, ob und inwieweit im Interesse der kleinen Tabakpflanzler eine Vereinfachung der Steuerbestimmungen herbeigeführt werden kann. Das System der Flächensteuer kann nicht allgemein eingeführt werden, weil bei ihm die Kontrolle sehr schwer ist.

Abg. Dr. Reinhold (natl.): Der pfälzische Tabak ist der beste. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Daher will ich als Vertreter eines pfälzischen Wäsenden auch ein paar Worte zur Sache sagen. Gerecht hat es mich, daß auch die Sozialdemokraten für die Resolution eintreten, man muß nur suchen, dann findet man auch

Tabakagrarien. Der einzig wirksame Schutz für den deutschen Tabakbau liegt darin, daß die Spannung zwischen Tabaksteuer und Tabakzoll vergrößert wird. Herr Ehrhart freilich will weder Tabakzoll noch Tabaksteuer, aber das Reich braucht doch Geld und kann ohne Steuern seine Institutionen nicht erhalten mit Ausnahme vielleicht des Reichstages, der ja seine Diäten erhält. (Heiterkeit.) Die Tabaksteuer muß ermäßigt, der Zoll dagegen erhöht werden. In Bezug auf die Resolution hat ja die Regierung eine sehr liebenswürdige Erklärung abgegeben. Ich kann Sie nur bitten, der Resolution zuzustimmen.

Abg. Hehl (fr. Vg.): Die Erklärung des Regierungsvertreters stellt ein Entgegenkommen in der Richtung in Aussicht, daß veratorische und ähnliche Maßnahmen möglichst beseitigt werden sollen. In diesem Sinne ist der Zweck der Resolution erreicht, und wenn wir dafür stimmen, so werden wir das erhalten, was wir wünschen.

Abg. Hehl zu Herrnsheim (natl.) polemisiert gegen den Abg. Frese.

Abg. Ehrhart (Soc.) tritt nochmals kurz für eine Aufhebung der Tabaksteuer ein.

Abg. Frese (fr. Vg.) hält seine Behauptung aufrecht, daß die Lage des deutschen Tabakbaues sich gebessert habe.

Abg. Geyer (Soc.):

Sie haben in der Kommission für die Resolution gestimmt, ohne uns damit in den übertriebenen Forderungen der Tabakagrarien, wie des Freiherrn Hehl zu Herrnsheim, zu identifizieren. Herr v. Hehl hat wieder geflagt über den Mangel der Rentabilität, aber seine Angaben stimmen nicht. Gerade ihm ist nachgewiesen worden, daß er als Tabakbauer besonders hohe Preise erzielt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Er bekommt für den Centner Tabak 30 Mark, während die übrigen Bauern sich mit 24 Mark begnügen müssen. Seine Produktionskosten belaufen sich auf 15 Mark für den Centner. Da hat er doch wirklich am allerwenigsten Ursache, nach einem erhöhten Schutz Zoll für Tabak zu schreien. Die Herren Tabakinteressenten empfehlen ja fortwährend die Verwendung deutschen Tabaks zur Cigarrenfabrikation; als aber bei einer früheren Gelegenheit verschiedene Herren aus dem Reichstage solche Cigarren geplobt haben, da haben sie sehr verzwickte Mienen gemacht. (Heiterkeit.) Der deutsche Tabakbau reicht eben an die ausländische Produktion nicht heran. Oder wollen Sie den Gesichts des Raucherpublikums künstlich zurückrauben? Höhere Zölle werden nur den Konsum einschränken, besonders wenn man versucht, schlechte Qualitäten zu teuren Preisen an den Mann zu bringen. Das müßte auch die ausgedehnte deutsche Cigarren-Industrie schwer schädigen. Frühere Zollherabsetzungen für Tabak haben die Lage der Cigarrenarbeiter auf das Niveau der ergebirgischen Weber herabgedrückt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Die Bauern werden durch das Gesetz nur getäuscht.

Ich möchte noch hinweisen auf die wiederholten Regierungserklärungen, wonach für Bier und Tabak höhere Steuern in Aussicht stehen. Als ich in der Kommission die Regierung darüber interpellierte, gab der Staatssekretär Graf v. Pofadowsky die festerliche Versicherung ab, daß die Regierung nicht an eine höhere Belastung des Tabaks denke. Der Staatssekretär aber äußerte damals kein Wort dazu. Ich bezeichnete dies gleich als verdächtig. Derselbe Staatssekretär hat dann aber bei der Beratung des Zolltarifs im Plenum wieder erklärt: Wir werden früher oder später doch auf den Tabak zurückkommen. Das muß eine dauernde Verantwortung in der Tabakindustrie hervorrufen. So scheint es denn die Regierung einen Hauptzweck zu haben, die Tabakindustrie in Schilbe zu fahre. Sie will noch weit mehr aus ihr herauspressen, als vielleicht auf Grund des Zolltarifs hätte herausgepreßt werden können. Nach den Erklärungen des Staatssekretärs müssen wir ja annehmen, daß eine Herabsetzung des Gesetzes in Aussicht steht. Wenn der Staatssekretär der Erklärung des stellvertretenden Reichskanzlers in solcher Weise widerspricht, so muß hier im Plenum immer wieder auf diese Aussicht einer höheren Belastung des Tabaks hingewiesen werden.

Sehr charakteristisch ist übrigens, daß gleich nach dem der Zolltarif eingebracht ist, Herr Hehl zu Herrnsheim große Strecken Landes den kleinen Tabakbauern in seiner Gegend abgelassen hat. Er glaubt jedenfalls nun auf Grund des neuen Zolltarifs seine Taschen wieder recht füllen zu können. (Unruhe bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Wülfel-Kaufmann (S. d. L.): Die Existenz des deutschen Tabakbaues muß möglichst gesichert werden, um seine Rentabilität zu erhöhen. Daß die Tabakarbeiter besser fahren, wenn sie ausländischen Tabak statt des inländischen verarbeiten, kann ich nicht einsehen. Die Hauptfrage ist doch, daß der Konsum des inländischen Tabaks erhöht wird. Vor allem liegt das auch im Interesse der beim Tabakbau selbst beschäftigten Arbeiter. Diese Arbeiter, die auf der Scholle arbeiten, bräuchstigen die Herren Sozialdemokraten aber nicht. Ich kann mich nur den Ausführungen des Herrn Abg. Hehl zu Herrnsheim anschließen, daß die Hauptfrage eine Erhöhung des Tabakzolls bei möglichst niedriger Steuer auf inländischen Tabak ist.

Abg. Hehl zu Herrnsheim (natl.): Herr Geyer hat mir gegenüber zwei unrichtige Behauptungen aufgestellt. Er hat auf Grund einer Notiz der „Süddeutschen Tabakzeitung“ mir vorgelesen, ich hätte keinen Grund zu klagen, da ich selbst an meinem Tabak viel verdiene. Diese Notiz beruht auf unrichtigen Annahmen von Tabakfabrikanten, die sich von mir geschädigt glaubten. Ich stelle demgegenüber fest, daß ich in den letzten Jahren 16 Prozent am Tabak verloren habe. Weiter hat Herr Geyer die Behauptung des „Vorwärts“, ich hätte den Zolltarif beanagt, um meinen Grundbesitz zu vergrößern, und so hier niedrige Geschäftsinteressen vertreten, zu meinem Bedauern hier wiederholt. Ich konstatiere, daß ich seit Jahren nicht einen Morgen Landes neu gekauft habe. Ich habe lediglich Grundbesitz, der seit längerer Zeit meiner Familie gehört, zum Aneignung gemacht. Dazu muß ich erklären, daß der Besitz schuldlos ist. Bereits 1898 wurden auf Grund einer ebenförmigen Erklärung ähnliche Vorwürfe wie jetzt gegen mich erhoben. Ich bedauere, daß derartige Behauptungen, die auf niedrige Gesinnung nicht bei mir, sondern vielleicht an anderen Stellen schließen lassen, durch die einem Abgeordneten die niedrigste Schandperle vorgelesen wird, im hohen deutschen Reichstage möglich sind. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Wollensbühr (Soc.): Wir treten für die Arbeiter der Tabakindustrie deshalb stets besonders ein, weil diese in ganz besonderer Weise durch die Tabaksteuer-Belastung geschädigt worden sind. Auch die Zollherabsetzung hat diesen Arbeitern nichts genutzt, man hat sie ihnen einfach vom Lohne abgezogen. Daß die Spannung zwischen Steuer und Zoll die Hauptfrage für den Tabakbau sein soll, halte ich nicht für richtig. Die Spannung ist jetzt schon außerordentlich groß. Wenn der deutsche Tabakbau trotz des hohen Zolles nicht konkurrenzfähig ist, so kann das nur an der Unfähigkeit der Tabakbauer selbst liegen.

Abg. Lude (S. d. L.): Die Lage des deutschen Tabakbaues ist heute so schlecht, daß viele Tausende von Bauern ihren Betrieb aufgeben müssen. Für das Wohl dieser Bauern haben wir ebenförmig das Recht einzutreten, wie die Sozialdemokraten für die Arbeiter einzutreten vorgeben. (Oh! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Geyer (Soc.): Die deutsche Tabak-Kommission, die sich vor einigen Jahren im Interesse der Hebung des deutschen Tabakbaues gebildet hat, hat festgestellt, daß die Produktionskosten für den Centner Tabak in der Gegend von Lampertshausen auf 15 M. zu stehen kommen, während in Thüringen Herr v. Hehl, dessen Tabakpflanzungen in dieser Gegend liegen, 30 M. pro Centner erzielt hat. Selbst wenn Herr v. Hehl 3 M. Produktionskosten mehr aufwendete als die übrigen Bauern, hätte er noch einen

größeren Gewinn als diese vom Centner Tabak. Ob das aber der Fall ist, lasse ich dahingestellt. Die Berichtigung des Herrn v. Hehl an die „Süddeutsche Tabakzeitung“ wurde von dieser auf Grund der Urteile von Fachleuten alsbald wieder berichtigt. Die von mir wiedergegebenen Angaben sind zuerst in Kreisblättern mitgeteilt, die in der Nähe des Wohnortes des Herrn v. Hehl erscheinen. Mit diesen Blättern, die vorzugsweise auf agrarischen Standpunkt stehen, sollte sich doch Herr v. Hehl zunächst auseinandersetzen. Im übrigen ist es ja eine alte Erfahrung, daß die Agrarier nach Jollerhöhmungen ihren Grundbesitz arrondieren haben, weil sie aus den höheren Zöllen einen größeren Gewinn für sich erwarteten. Die statistischen Angaben der Regierung über die Rentabilität des Tabakbaues stehen mit der Behauptung des Herrn v. Hehl durchaus im Widerspruch. Das Gesetz über Urrentabilität sind wir ja von den Herren Kapitalisten gewohnt, mag es sich nun um Leder oder Tabak handeln.

Abg. Schrempf (L.): Der fleißige und ehrenwerte Stand der Tabakbauern ist hier mit unerhörten Ausdrücken angegriffen worden. Die Herren Sozialdemokraten sind sehr empfindlich, wenn es sich um die Arbeiter handelt. Gegen die Bauern aber erlauben sie sich alles. (Oh! bei den Sozialdemokraten.) Ganz unberechtigterweise haben Sie den Bauern irrationelle Bewirtschaftungsvorgeworfen. Sie (zu den Sozialdemokraten) täten nicht, Sie ernten nicht, und doch wollen Sie alles besser wissen, als die Bauern selbst. (Heiterkeit und Sehr gut! rechts.) Sind Sie denn in dieser Frage sachverständig? (Abg. Hofmann-Chennuis ruft: Ja! Heiterkeit.) Aber Sie (zum Abg. Hofmann) sind nicht dabei gewesen! (Abg. Hofmann ruft: Ja bin doch dabei! Heiterkeit.) Den meisten Nutzen in der ganzen Tabakindustrie hat der Tabakhandel, nicht die Produktion. Ich bitte um Annahme der Resolution. (Bravo! rechts.)

Abg. Wollensbühr (Soc.): Der Vordrucker warf uns Unkenntnis der Materie vor. Da möchte ich daran erinnern, daß Abg. Lude im September 1894 eine Rede in einer Bauern-Versammlung zu Kassel mit den Worten einleitete: „Ich sol heute über den Tabak sprechen. Bevor ich das tue, muß ich Ihnen bekennen, daß ich vom Tabakbau sehr wenig verstehe.“ (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Herr Lude sagte darüber, daß die Bauern nicht vom Tabakbau leben können. Die allermeisten deutschen Tabakbauern betreiben nur ein Areal bis zu einem Hektar. Soll der Ertrag eines so kleinen Areals genügen, um die Erziehung einer Familie zu erhalten? Die Tabakarbeiter aber sind auf ihre Arbeit allein angewiesen und wir können den Hunn vieler Tausender von diesen Arbeitern nicht ruhig mit ansehen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hehl zu Herrnsheim (natl.): Ich halte es unter der Würde dieses hohen Hauses und unter meiner eignen Würde, hier über unwahre Zeitungsnachrichten, die man an den Haaren herbeizieht, zu diskutieren. Aber ich möchte doch feststellen, daß die sozialdemokratische Presse diese Angaben nicht, wie Abgeordneter Geyer behauptete, ursprünglich der agrarischen Presse der Pfalz entnommen hat. Die agrarische Presse hat sich auf die Mitteilung beschränkt, daß ich Gutsbesitzer in Aidsheim umgewandelt habe, aber erst die sozialdemokratische Presse hat daran die niederträchtigen Verleumdungen geknüpft, die Abgeordneter Geyer heute wiederholt hat. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Elm (Soc.): Es fällt mir nicht ein, allen Tabakbauern Unfähigkeit vorzuwerfen. Wenn Sie nicht mit Amerika konkurrenzieren können, so liegt das eben daran, daß wir in Deutschland keinen guten Boden für den Tabakbau haben. Sie mögen den Zoll noch so sehr erhöhen, die Tabakfabrikanten werden ihren ihr Produkt doch nicht abkaufen, weil es eben für sie nicht verwertbar ist. Aus reinem Pfälzer Tabak können sie keine Cigarren herstellen. Selbst Pfälzer Bauern würden sich bedanken, derartige Cigarren zu rauchen. Wenn Herr Lude sagte, die Fabrikanten müßten an der Ausstattung der Cigarren sparen, ja sie womöglich ganz beseitigen, so bedenkt er dabei nicht, daß eine große Anzahl von Arbeitern in der Ausstattung-Industrie beschäftigt sind, die dadurch brotlos werden würden. Darum müssen denn die Tabakbauern durchaus Tabak bauen, wenn ihr Boden dazu nicht geeignet ist? Warum bauen sie nicht andre Produkte? Eine Zollherabsetzung kann ihnen nur etwas nützen; sie schädigt nur die Tabakindustrie-Arbeiter, deren Lebenshaltung schon jetzt die allerniedrigste ist. Uebrigens hat die Frage der Zollherabsetzung mit der Resolution, gegen die wir nicht haben, absolut nichts zu thun. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Geyer (Soc.): Herr Hehl zu Herrnsheim warf mir niederträchtige Verleumdung vor. Ist es denn wirklich eine Verleumdung, wenn behauptet wird, jemand habe Land gekauft zu dem Zwecke, um größere Erträge zu erzielen. Herr v. Hehl scheint der Kultur seines Landes mehr Aufmerksamkeit zu widmen, als der Kultur seiner Sitten. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Balleskrem: Ich habe nicht gehört, daß der Herr Abg. Hehl zu Herrnsheim den Abg. Geyer oder einen andern Abgeordneten der niederträchtigen Verleumdung beschuldigt hat; so viel ich gehört habe, hat er diese Äußerung auf Zeitungsartikel bezogen, sonst hätte ich das gewiß nicht zugelassen.

Abg. Reichert Hehl zu Herrnsheim (natl.): Es ist eine niederträchtige Verleumdung, wenn einem Abgeordneten vorgelesen wird, er habe für das Zolltarifgesetz gestimmt, mit der Absicht, sich dadurch selbst zu bereichern. Diese Verleumdung ist in der sozialdemokratischen Presse ausgesprochen und Herr Geyer hat sie wiederholt. Damit schließt die Diskussion.

Die Resolution wird mit großer Mehrheit angenommen. Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung der Resolutionen auf Mittwoch 1 Uhr.

Schluß der Sitzung 6 Uhr.

Aus der Frauenbewegung.

Zur Geschichte der Sittenpolizei. Die „Münchener Post“ berichtet: „Dieser Tage wollte eine Kaufmannswitwe aus Wien, die im Hotel Reinsfelder auf einige Tage Quartier genommen hatte, sich nach dem Parthotel begeben, um dort im Kreise von Bekannten zu souperieren. Auf dem kurzen Wege dahin gestellte sich ein Herr zu ihr, der sie freundlich einlud, doch mit ihm zum Souper zu gehen. Die Angesprochene lehnte dankend ab und meinte, als der Herr trotzdem immer vom Essen redete, er solle halt mit ihr ins Parthotel gehen, da werde auch er speisen können. Darauf rief der Herr einen Schuttmann herbei und ließ die Dame wegen hinreichenden Verdachts, Gewerbsuntzucht zu treiben, arretieren.“

Der Schuttmann kam dem Auftrage mit großer Pünktlichkeit nach und brachte die Dame auf die Polizei, wo sie nach mehrstündigem Aufenthalt unter dem Ausdruck des Bedauerns, einem Mißgriff zum Opfer gefallen zu sein, wieder entlassen wurde. Und wer war der noble Herr, der die Verhaftung der Dame veranlaßt hatte? Nun, es war einer unserer berühmten „Arminialer“.

„Die Reklamerin“, das in München begründete Fachorgan des gesamten Reklamerinnenstandes, hat, wie die „Münchener Post“ jetzt feststellt, mit dem dort bestehenden Verbande der Reklamerinnen nichts zu thun. Das Blatt ist in einer Weise gestaltet, daß erstklassige Arbeiterorganisationen sich nicht mit ihm identifizieren können. Die „Münchener Post“ besetzt das durch verschiedene Beispiele aus dem Inhalt.

Starken-Unterstützung-Verein der Tabakarbeiter Berlins. (S. 88.) Mittwoch, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Feind, Weinstraße 11: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: Vorgelegung des Entwurfs eines neuerzöhlerten Statuts.

Allen Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder, Schwager und Onkel, der **Schankwirt** 15156
Robert Pahlau
nach langem schweren Leiden am Sonntag, den 11. Januar, 5 1/2 Uhr, an Verblutung verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, 13. Januar, 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Dreifaltigkeits-Gemeinde, Vorstadtstraße aus, statt.
Die Trauerreden hinterbleiben.
Das Komitee.

Invaliden-Unterstützungskasse der Steindruckerei u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 11. Jan. verstorbenen Steindrucks
Ad. Prag
findet am Donnerstag, d. 15. Jan., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Georgen-Niederhofes, Landsberger Allee, aus statt.
Das Komitee.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzlichen Beweise innigster Teilnahme und schönen Kränzen sagen wir hiermit unsern herzlichsten Dank.
Die trauernde Witwe
Minna Siemfeld geb. Wiert,
Zalldorfstr. 17, und Angehörigen.

Verleih - Institut,
Friedrichstr. 115 Ia. Oran.
Th. El. Frack, Gehrock
1,50, Hose 1,00, West. 50 Pf.

Maskengarderobe
von Adolf Runge
Gr. Frankfurterstr. 75, (Amt VII, 6918)
empfiehlt den Besuchen keine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage.
Großes Lager von Karneval-Platzigen.

Centralverband der Maurer zc.

Zahlstelle Berlin.
Donnerstag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Silberschmidt** über: "Die politische Situation und die Gewerkschaften". 2. Anträge zum Verbandstag und Aufstellung der Kandidaten zu den Wahlen der Verbandstags-Delegierten des Bezirkvereins Berlin.
Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Unter Besuch erwartet.
Die Verbandsleitung.

Socialdemokratischer Verein im 5. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
Donnerstag, den 15. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Alten Schützenhaus, Linienstr. 5:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Ueber welche Nachmittel verfügt das Proletariat zur Aneignung der Produktionsmittel? Referent: Genosse **Dr. R. Friedberg.** 2. Diskussion. 3. Partei- und Vereins-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Gäste e. erwünscht. Zahlreiches Erscheinen erwartet.
245/1
Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 358.
Mittwoch, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, bei Gold, Gr. Frankfurterstraße 133:
Konferenz der Vertrauensleute des Ostens.
Mittwoch, den 14. Januar, abds. 8 1/2 Uhr, bei Kümke, Bälowsstraße 59:
Konferenz der Vertrauensleute des Westens.
Zahlreich. Besuch erwartet.
110/11
Die Ortsverwaltung.

Socialdemokratischer Verein der Gast- und Schankwirte
Berlins und Umgegend.
Freitag, den 16. Januar, beim Kollegen Witte, Wilmerdorfer, Berlinerstraße 40:
General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen **Fritz Wilke.** 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Kassenbericht vom 1. Quartal. 5. Bericht der Revisoren. 6. Vereinsangelegenheiten und Antrag des Vorstandes: Regelung des Unterstützungsfonds; Verschiedenes.
89/1
Der Vorstand.

III. Wahlkreis.
Mittwoch, den 14. Januar, abends 8 1/2 Uhr, in Franke's Salon, Sebastianstr. 39:
General-Versammlung des Wahlvereins.
Tagesordnung: 1. Bericht und Abrechnung vom 4. Quartal 1902. 2. Ergänzungswahl des Vorstandes. 3. Vortrag des Genossen **Georg Bernhardt:** Arbeitervereine und die Arbeiter. 4. Diskussion.
Mitgliederbuch legitimiert. Mitglieder werden in den Verammlungen und in folgenden Abteilungen aufgenommen: Eigarrenhandlung **Gottfried Schulz,** Admiralstr. 40a; Eigarrenhandlung **Wilh. Börner,** Ritterstr. 15; Eigarrenhandlung **Mescha, Adalberstr. 24,** Eingang Engel-Ufer; Eigarrenhandlung **Götze, Brandenburgerstr. 18;** Restaurant **Flick, Schmeinstr. 23;** Restaurant **Lier, Alte Jakobstr. 119;** Restaurant **Krüger, Rammstr. 54.**
240/3

Sonnabend, den 17. Januar 1903,
in den gefamten Räumen des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:
12. Stiftungs-Fest.
Grosses Vokal- und Instrumental-Konzert
unter Mitwirkung der Opernsängerin **Frl. Helena Hartwig** und eines Doppel-Quartetts (Mitglieder des Arbeiter-Sängerbundes).
Nach dem Konzert: **Gr. Ball.**
Anfang 8 Uhr. - Zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Vorstand.

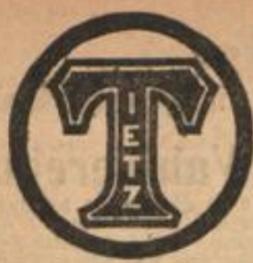
Fr. Hahn
Berlin C., Alexander-Platz.
Die bei der Inventur
in allen Abteilungen zurückgestellten Bestände und Reste in: **Damen-Kleider- und Wäschstoffen, Tisch-, Haus- und Bettwäsche, Damen-Wäsche, Schürzen, Blusen und Morgenröcke** werden zu **bedeutend herabgesetzten Preisen**
bis 20. d. M. zum
Ausverkauf
gestellt.

2. Ziehung 1. Klasse 208. Kgl. Preuss. Lotterie.
Stellung vom 13. Januar 1903, nachmittags.
Aus der Gewinne über 60 Jvl. sind den bezüglichen Nummern in Klammern beigefügt.
(Oben Gewinne.) Nachdruck verboten.

222	1003	320	431	508	46	90	874	90	83	1057	101
35	315	623	779	98	2012	144	305	88	480	512	1003
653	925	3043	111	76	202	81	583	835	88	910	51
88	93	315	84	91	1009	615	43	816	5027	438	98
512	695	702	99	815	928	37	6003	459	619	70	755
982	7439	519	14	690	819	42	55	77	988	8302	229
69	81	325	40	60	495	339	29	710	866	33	988
130	77	387	89	447	222	54	75	831	1001	905	
1000	284	485	806	39	97	1009					
883	63	853	74	12924	178	241	1001	67	375	457	831
13183	82	219	75	366	87	637	646	90	14079	181	341
599	69	654	75	745	47	54	907	12	15645	251	88
618	39	97	74	87	822	16933	73	171	81	402	697
17048	241	315	717	1501	900	64	15392	62	477	618	
832	79	19096	42	109	54	426	660	917	39	32	
29027	149	67	1001	314	82	497	39	58	582	495	
911	63	54	21199	227	693	4	46	1001	623	643	82
22684	281	699	846	59	23904	103	326	400	74	84	92
673	779	846	921	37	94	24109	222	49	703	572	699
307	28794	39	134	39	65	327	32	615	703	972	126149
62	289	328	445	501	9	29	64	81	1001	693	648
63	27072	124	94	235	319	407	41	684	225	819	922
22685	89	145	94	247	75	497	43	975	29063	198	1001
31	295	43	80	404	47	690	721	819			
40078	258	449	707	41	63	917	63	41130	59	83	482
512	77	42014	177	238	315	66	470	597	10	64	607
35	43001	39	839	76	699	709	34	864	63	984	44286
466	547	67	83	96	907	68	81	83	45083	118	83
659	62	645	1001	79	834	40073	139	355	373	617	89
748	74	47063	156	82	87	248	84	315	588	96	707
37	47	818	48091	454	821	951	49094	119	552	615	85
50474	728	515	51051	179	1501	341	50	474	96		
63	8	771	899	913	40	52965	71	122	330	89	1001
689	759	838	53015	383	1001	490	559	634	1001	683	
54	57	54055	328	1001	79	1001	463	704	16	634	55290
285	38	39	746	60	900	33	94	56129	275	389	741
843	94	866	74	82	1001	67005	89	91	57	44	517
149	211	824	78	699	58096	339	46	749	918	94	69079
619	6123	124	901	739	857						
694	78	712	827	77	900	81	130091	99	61308	408	708
11501	845	62088	149	59	127	42	96	457	513	43	44
91	814	73	1001	905	63123	322	389	556	83	864	910
29	61	64043	246	67	316	472	99	591	825	1001	892
62163	183	632	62	721	39	74	825	66225	191	297	70
625	87	183	223	389	941	68902	66	149	1001	286	828
83	687	59	823	989	69043	162	48	232	571	1001	835
70027	82	369	71041	78	82	382	857	731	45	828	
72142	293	85	424	54	883	841	958	739	692	157	70
240	421	81	659	74086	243	344	698	680	75004	82	182
57	217	807	678	1001	91	718	39	841	926	74	1001
638	83	713	32	77123	307	90	434	47	598	98	741
900	1001	78660	107	341	451	664	667	93	703	79025	
244	89	276	882	742	981						
80890	774	835	43	921	81215	371	575	616	65		
883	82147	322	308	71	425	58	1001	550	903	83047	
60	129	343	332	89	707	53	898	1001	84004	15	22
222	489	559	704	1001	988	85140	211	449	600	691	
12	25	751	12001	71	809	32	56085	115	51	203	12001
23	83	342	490	98	600	87019	29	95	136	327	46
439	590	88073	337	434	77	96	907	1001	888	89078	
808	226	51	99	348	1104	684	65	74			
90069	228	694	1001	777	888	89	63	945	91041		
334	211	27	318	67	72	441	48	73	820	30	92104
425	442	629	95	975	93000	490	437	67	623	693	798
844	985	94133	67	272	97	823	428	535	692	14	714
95275	474	611	881	34	1001	921	428	535	692	14	714
619	659	705	14	99	60	83001	310	59	181	25	217
64	83	622	90	751	63	829	699	98114	17	385	52
83	543	679	857	99096	239	451	585	56	629	708	941
100085	19	105	18	224	318	659	101110	304	428		
44	619	881	102499	228	69	307	417	445	050	57	61
742	57	73	851	103939	153	245	340	822	94	618	95
650	67	89	720	58	818	977	1001	104131	575	789	
105027	1001	49	75	78	251	33	859	421	000	45	773
67	177	920	9	106044	277	733	446	62	090	621	888
107168	82	97	233	499	12001	509	64	704	838	108514	
600	28	769	856	109267	68	76	330	478	89	574	029
77	426	585	112908	574	638	90	47	113395	629	55	
68	723	885	114085	137	49	8	806	115079	148		
361	68	424	32	622	904	1001	110115	64	221	200	73

2. Ziehung 1. Klasse 208. Kgl. Preuss. Lotterie.
Stellung vom 13. Januar 1903, nachmittags.
Aus der Gewinne über 60 Jvl. sind den bezüglichen Nummern in Klammern beigefügt.
(Oben Gewinne.) Nachdruck verboten.

74	92	635	708	117065	318	471	555	705	75	944	118089
119122	38	421	65	98	609	971	81	720	827	900	87
120295	2001	399	331	489	921	81	602	3	121000		
11601	61	35	257	322	933	680	721	23	828	942	122174
356	61	71	401	701	123182	675	729	97	877	1001	83
940	124	221	592	99	612	41	814	38	125658	169	54
99	297	424	39	768	99	830	32	50	900	49	45
119	21	55	298	905	485	870	70	921	127135	235	354
579	97	828	964	1001	128285	387	603	610	43	69	
774	1001	836	830	68	129085	192	394	67	757	891	
88	094	1001	11	27	39	81					
819	624	65	121020	11501	124	1001	81	94	293	672	
816	59	132005	139	68	503	620	82	700	46	133165	
370	463	694	745	848	1001	942	13	40066	223	331	693
619	744	47	829	983	135064	319	1001	667	136049		
95	129	62	494	429	137321	62	667	96	703	624	52
12	8017	26	147	66	419	48	45	598	1001	633	87
27	215	47	326	1001	63	432	841	873	984		
140173	635	65	829	910	29	241002	147	361	533		
32	61	62	681	1001	862	142180	267	93	395	421	34
345	659	754	67	821	917	143086	121	90	271	91	
1107	512	79	641	45	726	577	553	14	4036</		



Waarenhaus Hermann Tietz

Leipzigerstrasse 46-49 — Krausenstrasse 46-49

Mittwoch
Donnerstag
Freitag
Sonnabend

Vorzugspreise für Lebensmittel.

Gemüse-Conserven

	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{4}$ Dose
Stangenspargel p. $\frac{1}{4}$ Dose 30/24 Stg.	1,55 M.	83 Pf.
Stangenspargel (Diner) p. $\frac{1}{4}$ Dose 28/30 Stg.	1,45 M.	78 Pf.
Stangenspargel p. $\frac{1}{4}$ Dose 40/44 Stg.	1,30 M.	70 Pf.
Stangenspargel mittelstark	1,10 M.	—
Stangenspargel Consum	85 Pf.	—
Brechspargel II, stark, m. Köpfen	1,20 M.	65 Pf.
Brechspargel III, m. Köpfen	95 Pf.	53 Pf.
Brechspargel IV, m. Köpfen	80 Pf.	45 Pf.
Brechspargel I ohne Köpfe	65 Pf.	38 Pf.
Feinste junge Schoten Siebg. I	1,00 M.	55 Pf.
Feinste junge Schoten II	80 Pf.	45 Pf.
Feinste junge Schoten III	60 Pf.	—
Gemüse-Schoten II	38 Pf.	—
Leipziger Allerlei Ia	75 Pf.	43 Pf.
Teltower Rübchen	65 Pf.	38 Pf.
Steinpilze	85 Pf.	48 Pf.

Frucht-Conserven

	$\frac{1}{2}$ Dose	$\frac{1}{4}$ Dose
Mirabellen	60 Pf.	—
Reineclauden	80 Pf.	45 Pf.
Kirschen, sauer ohne Stein	1,00 M.	55 Pf.
Kaiserkirsche, ohne Stein	1,00 M.	55 Pf.
Kirschen, schwarz, mit Stein	80 Pf.	45 Pf.
Birnen, weiss und roth	80 Pf.	—
Pflaumen $\frac{1}{2}$ Frucht	65 Pf.	—
Pflaumen in Essig und Zucker	70 Pf.	—

Fisch-Conserven

Delicatess-Heringe in Bouillon, Champignon, Tomaten-, Wein-, Mixed Pickles u. Senf-Saucen	$\frac{1}{4}$ Dose 78 Pf., $\frac{1}{2}$ Dose 50 Pf.
Heringe in Weinspic, per Dose	43 Pf.
Schwedische Gabelbissen p. Dose	65 Pf.
Schwedische Anchovis	$\frac{1}{4}$ Dose 1,10 Mk., $\frac{1}{2}$ Dose 60 Pf., $\frac{1}{4}$ Dose 40 Pf.
Bismark- u. Bratheringe in ovalen Dos. per Dose	45 Pf.

Marmeladen:

Orange — Apricosen — Himbeer — Pfirsich — Johannesbeeren — Himbeer und Stachelbeeren, in Delft-Töpfen ca. 1 Pfund Inhalt **58 Pfg.**

Ingwer in Töpfen $\frac{1}{4}$ Topf	85 Pf.
Mixed-Pickles u. Pickalilli	$\frac{1}{4}$ Glas 60 Pf., $\frac{1}{2}$ Glas 35 Pf.
Senfgurken in Gl. mit Patentverschluss	$\frac{1}{4}$ Glas 90 Pf.
Zuckergurken in Gl. mit Patentverschluss	$\frac{1}{4}$ Glas 1,00 M.

Sardinen

Les Etoiles pro Dose ca. 8 Fische, p. Dose	45 Pf.
Princess pro Dose ca. 10 Fische p. Dose	40 Pf.
Renne pro Dose ca. 8 Fische p. Dose	30 Pf.
Saupiquet (Diplomat) feinste franz. Marke	$\frac{1}{4}$ Dose 2,50 M., $\frac{1}{2}$ Dose 1,35 M., $\frac{1}{4}$ Dose 85 Pf.
Sardellen in Gläsern	p. Glas 65 Pf.
Elbinger Neunaugen p. Dose 6 Stück	95 Pf.

Weine und Spirituosen

Bordeaux und Burgunder.

	1 Fl.	b. 10 Fl.
Medoc Lamarque	80 Pf.	75 Pf.
Chât. Bergeret	1,10 M.	1,05 M.
Chât. Margaux	1,30 M.	1,25 M.
Chât. Beychevelle	2,10 M.	2,00 M.
Nuits roth Burgunder	1,55 M.	1,45 M.
Sautenay roth Burgunder	2,10 M.	2,00 M.

Süd-Weine

	1 Fl.	b. 10 Fl.
Portwein roth	85 Pf.	80 Pf.
Alter Portwein roth	1,15 M.	1,05 M.
Alter Portwein extra Superior weiss	1,40 M.	1,30 M.
Portwein alter Douro roth	1,80 M.	1,70 M.
Portwein alter Douro superior	2,40 M.	2,30 M.
Sherry hell und trocken	2,30 M.	2,20 M.

Rhein- und Moselweine.

	1 Fl.	b. 10 Fl.
Erbacher	70 Pf.	65 Pf.
Geisenheimer	90 Pf.	85 Pf.
Scharlachberger	1,70 M.	1,65 M.
Moselblüthen	50 Pf.	45 Pf.
Wormeldinger	85 Pf.	80 Pf.
Osanner	1,45 M.	1,35 M.

	1 Fl.	b. 10 Fl.
Cognac **	1,10	1,05 Mk.
Cognac ***	1,50	1,40 Mk.
Cognac (Tietz Cognac)	2,10	2,00 Mk.

Tietz!

Pommeranzen
Likör

$\frac{1}{4}$ Fl. $\frac{3}{4}$ Ltr. 1,45 Mk. $\frac{1}{2}$ Fl. $\frac{3}{4}$ Ltr. 80 Pf.

	1 Fl.	b. 10 Fl.
Jamaika-Rum	1,15	1,10 Mk.
Feiner alter Jamaika-Rum	1,75	1,65 Mk.
Feinster Jamaika-Rum	2,35	2,25 Mk.

neu aufgenommen! Bayerische Fleischwaaren-Specialitäten (von H. & P. Sauer mann — Kulmbach — München) ca. 20 verschiedene Sorten.

Feinste Bayerische Süsrahm-Butter, ungesalzen p. Pfd. 1,20
Alle Feinste Ostpreussische Molkerei-Tafelbutter 1,10 p. Pfd.

An diesen Tagen treffen mehrere **Waggons Südfrüchte** ein, darunter ein direkter Import

Ananas gewählte Früchte p. Pfund 50 Pf. Wir empfehlen diese Früchte der Billigkeit wegen auch zum Einmachen als Compot.

Apfelsinen 12 Stück 25, 35, 45 Pf. **Citronen** 12 Stück 35 Pf.

Originalkisten Apfelsinen 100 Stück 4,75 Mk., 200 Stück 7,75 Mk., 300 Stück 9,25 Mk., 420 Stück 12,25 Mk.

Mandarinen in Kisten à 25 Stück, elegante Aufmachung, 50 mm 80 Pf., 55 mm 95 Pf.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute Abend Generalversammlung des Wahlvereins in Franke's Festsaal, Sebastianstr. 39. Sonnabend, den 17. d. M., im Gewerkschaftshaus: Zwölftes Stiftungsfest. Zahlreicher Besuch erwünscht. Der Vorstand.

Die Mittwochsvorträge, welche Genosse Stadthagen in den Kränghallen bisher gehalten hat, müssen heute und in der nächsten Zeit ausfallen. Der Wiederbeginn der Vorträge wird rechtzeitig bekannt gegeben werden.

Die Bezirksführer des Wahlvereins Berlin 6 werden dringend ersucht, die Billets zur Urania-Vorstellung zum 18. Januar, soweit dieselben noch nicht abgeholt sind, beim ersten Kassierer Karl Fahrenow, Rabenstr. 6, sofort abzuholen. Der Vorstand.

Ober-Schöneweide. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, sich heute Abend 7 1/2 Uhr vollständig zur Flugblattverbreitung bei Kaufholt, Wilhelmshofstr. 18, einzufinden.

Lichtenberg. Die Gemeinde-Wählerliste liegt vom Donnerstag, den 15. bis zum 30. Januar im Rathaus I, Zimmer Nr. 20, wochentags von 8-12 Uhr und Sonntags von 9-12 Uhr zur Einsichtnahme aus. Etwaige Einsprüche sind im Rathaus zu Protokoll zu geben.

In Treptow-Baumfahnenweg sind folgende Genossen bereit, die vom 15. bis 30. Januar im Gemeindefeuerhaus, Neue Krug-Allee, anliegende Gemeinde-Wählerliste einzusehen: Dente, Lohmühlenstr. 25 von IV.; Bruno Siglow, Neue Krug-Allee 62; Gachbart, Ernststr. 1 im Fahrradgeschäft; Karow, Kiehlstr. 257; Steil, Baumfahnenstr. 32 im Blumengeschäft; Roal, Baumfahnenstr. 36 im Laden.

In Groß-Lichterfelde-Bantwig tagt der Wahlverein Sonntag mittags 2 Uhr bei Richter, Chauviseit. 104. Auf der Tagesordnung stehen Wahlen u.

Lokales.

Ein Kofffleisch-Essen hat bekanntlich vor einigen Tagen im „Luisenhof“ stattgefunden. Bei dieser Gelegenheit sind den Teilnehmern Fragelatten vorgelegt worden, auf welchen sie kurz ihr Urteil zu fällen hatten. Eine der Veranlasserinnen des von hundert Personen besuchten Soupers war die Malerin Wilma Parlaghi, jetzige Fürstin Lwoff. Diese Dame und ihr Gemahl urteilten wie folgt über das Essen: „Außerordentlich gut, ist sehr schmackhaft, schon oft habe ich Kofffleisch gegessen, das weniger gut war,“ und die Fürstin fügte dem zu: „Heute habe ich erst gemerkt, wie oft wir schon Pferdefleisch gegessen haben, ohne daß es uns aufgefalle wäre.“ „Völlig! Ich aß auch schon Kofffleisch,“ sagte der Stadtdirektor Mor. Schulz, der über die Würstchen sagte, daß sie ihm schon öfter, nur nicht als Pferdebüchse vorgelegt sein müßte, und dann zu dem Refusalkommi, „die Fleischerei hat ein Ende“. Gleich bekräftigt ist der Reichstags-Abgeordnete Fritz Jubeil. Stadtdirektor Dr. Stuhlmann erklärt: „Das Vorurteil gegen Pferdefleisch ist unbegründet.“ Stadtdirektor Augustin findet das Fleisch ganz vorzüglich, während Stadtdirektor Jodocus sagt: „Gut, ich habe es nicht gegessen, aber ich würde es nicht ablehnen.“ Stadtdirektor Dr. Bernheim und Dr. Wenl urteilen: „Brillant.“ Obermeister Stadtdirektor Berger: „Gut, jedem zum Genuß zu empfehlen.“ Eine Hausfrau schreit: „Dem verdorbenen Saunen kann es unmöglich, es schmeckt nicht süßlich, wie oft gefagt wird, ich aß es mit Appetit!“ eine andere: „Kofffleisch wird von heute ab häufig in meinem Haushalt zu finden sein.“ Die gleiche Versicherung: „Wird in meiner Küche eingeführt“, gaben viele, wenn auch einige bezweifelten, daß es im bürgerlichen Haushalt gleich gut zubereitet werden könne, als durch einen Koch. Groß ist die Zahl derer, die einfach erklären: „Mein Vorurteil ist überwunden,“ und bemerkenswert, daß sich gerade unter diesen Kinds- und Schweinefleischmeister befinden.

Ueber den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten, und das Urteil, das verschiedene angeesehene Leute über das Pferdefleisch gefällt haben, wollen wir daher aus diesem Grunde schon gern gelten lassen. Nur glauben wir — und wir denken, daß wir uns dabei mit den bei dem Genuß zugegen gewesenen Parteigenossen in Uebereinstimmung befinden — daß v o l l s t ä n d i g durch eine solche Veranstaltung wenig oder gar nichts bewiesen worden ist. Das Kofffleisch braucht vor allem in den ärmeren Volksschichten nicht erst als Nahrungsmittel eingeführt zu werden, weil es dort aus Not schon seit langen Jahrzehnten gegessen wird. Allerdings in schlechterer Qualität und wohl auch in einer Zubereitung, die das in besser bemittelten Volksschichten nun einmal herrschende Vorurteil kaum beseitigen wird. Was will es demgegenüber befehlen, wenn auf der Veranstaltung im „Luisenhof“ Kofffleisch erster Güte in denkbar besserer Zubereitung und Garnierung den Gästen vorgelegt worden ist? Daran wird kaum zu denken sein, daß Pferde gleich dem Rindvieh einzig zu Nahrungszwecken gemästet und auf den Markt gebracht werden, denn das Fleisch solcher Tiere wird sich wesentlich teurer stellen als Rindfleisch. Und Rasse, die ihrer Unfähigkeit halber aus den Ställen genommen und dann, nach kurzer Erholungsfrist, geschlachtet werden, wird selten jemand, der sich's leisten kann, dem Heben Rindvieh als Nahrungsmittel vorgeben. Also dürfte trotz des Demonstration-Essens die Pferdefleisch-Frage wohl auf dem alten Fied stehen bleiben. Was volkswirtschaftlich auch durchaus kein Unglück wäre.

Deutsche Männer. Zum Jahreswechsel hat der Magistrat an den Kaiser folgende Adresse geschickt: „Eure kaiserliche und königliche Majestät bitten wir alleruntertänigst, uns zu gestatten, zur Jahreswende die ehrendienstlichen Glückwünsche darbringen zu dürfen. Auch im vergangenen Jahre war es den arbeitsamen, friedliebenden Bürgern unserer Stadt vergönnt, im Schutze des Friedens, dessen starker Schirmherr Eure Majestät allezeit sind, ungestört und erfolgreich ihrer Arbeit obzuliegen und so sich, unsem Gemeinwesen und dem Vaterlande zu dienen. Die Bürgererschaft blickt daher am heutigen Tage in unerschütterlicher Treue nach dem Herrscherthron, sie gedenkt mit uns dankbar der unermüdblichen Fürsorge und der hingebenden Anteilnahme, welche Eure Majestät unangefochten der Förderung des Gemeinwohls und dem Gedeihen unserer Stadt widmen. Möge die Zukunft Eurer kaiserl. und königl. Majestät und dem gesamten kaiserl. und königl. Hause reichen Segen bringen. Gott schütze und segne Eure kaiserl. und königl. Majestät auch in dem kommenden neuen Jahre!“

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich am Donnerstag, nachmittags 5 Uhr mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Vorlagen betreffend: die Annahme der von dem Rektor Engelien zum Geschenk angebotenen Dählhofel, — die erfolgte Bau-Abnahme des Feuerwehrr-Denkmal auf dem Mariannenplatz, — den Entwurf zum Umbau des auf dem Grundstücke der Sparcassen-Kasse, Eintr. 7/8, befindlichen Gartenhauses, — den Ausbau des Stadtbahnhofs Nr. 30 zu einem Gerätedepot für die Strafreinigung, — den Abschluß eines Vertrages mit der Gemeinde Treptow wegen Aufnahme der Abwässer aus dem Gemeindefeld Treptow in eines der Druckrohre der Kanalisation von Berlin, — die Errichtung einer Abteilung der Sparcasse auf dem Grundstücke Eintr. 7/8, — die Errichtung der Hofen für Herstellung der Straßen 9 und 10, Abteil. XI, von der Kopenhagener- bis zur Kleinstr. — 5 Rechnungen. — Eine Wahlangelegenheit. — Verlesung einer Petition. — Vorlagen betreffend: die Zahlung von Ab-

findungen aus dem der Stadtgemeinde Berlin zur Begründung einer wohlthätigen Stiftung zugefallenen Nachlaß des Professor Bierling'schen Ehepaars, — die Neuwahl eines Bürgerdeputierten für die Armenverwaltung, — die Wahl von Taxatoren-Stellvertretern für die Pferde-Aushebungs-Kommission und eines stellvertretenden Mitgliedes der Hilfs-Ertrag-Kommission I, — den Abschluß eines Vergleichs, — die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder des Kuratoriums der Theresie Lehmann-Stiftung für das Jahr 1903, — die Uebertragung von laufenden Unterstützungen für ehemalige Bedienstete der städtischen Krankenanstalten bezw. Hinterbliebenen derselben auf den Spezialetat 40, — die Verleihung des Prädikats „Stadtdirektor“, 11 Unterstützungsanträge.

Die Erftagwahl für den dritten Landtags-Wahlkreis Berlin fand gestern im großen Konzertsaal der Praueri Friedrichshain statt. Der Bezirk zählt 2367 Wahlmänner. Es waren 963 Nachwähler erforderlich gewesen, von denen 48 in Ermangelung von Wählern nicht zu Stande gekommen waren. Außerdem wurden 87 Wahlen für ungültig erklärt. Die Beteiligung war außerordentlich schwach, da die konservativen Wahlmänner nicht zur Wahlurne schritten. Bei den Freiwählern kam es zu einer Spaltung. Obwohl von der Parteileitung aufgegeben worden war, für den Kandidaten Stadtdirektor Herrn Leopold Rosenow einzutreten, vereinigte sich doch eine bedeutende Stimmenzahl auf den Reichstags-Abgeordneten Schulrat Dr. Jwid. Der Wahlakt wurde geleitet durch Herrn Stadtrat Bohm. Es erhielten: Stadtdirektor Kaufmann Leopold Rosenow 796 Stimmen, Reichstags-Abgeordneter Schulrat Dr. Jwid 469 Stimmen, zerstückelt waren 19 Stimmen, mithin ist Stadtdirektor Leopold Rosenow gewählt. Parteidisciplin ist bekanntlich unter den Freiwählern ein unbekannter Begriff.

Die Einführung des neuen Bürgermeisters Dr. Georg Reide war für die Stadtverordneten-Versammlung diese Woche in Aussicht genommen worden. Sie wird jedoch am kommenden Donnerstag noch nicht stattfinden können, da die formelle Entlassung Dr. Reides aus dem Staatsdienste, wie wir hören, bisher immer noch nicht erfolgt ist. Es ist zweifelhaft, ob sie wenigstens in nächster Woche eintritt.

Gelegentlich des Umbaus der Stadtbahnhöfe wird auf dem Leichter Stadtbahnhof auch eine andre bauliche Umänderung getroffen. Bisher konnten die Passagiere, welche auf dem Leichter Hauptbahnhof eintraten, den Stadtbahnhof nur auf Umwegen erreichen, wenn sie mit diesem ihre Fahrt fortsetzen wollten. Jetzt wird mitten auf dem Bahnsteig des Stadtbahnhofs das Gewölbe des betreffenden Stadtbahnhofs durchbrochen und in der Deckung eine Treppe angelegt, die einen direkten Zugang von der Anlaufseite des Hauptbahnhofs zum Stadtbahnhof herzustellen bestimmt ist. Eine direkte Verbindung zwischen Stadtbahnhof und der Abfahrtsseite des Hauptbahnhofs ist bereits bei Bau der Stadtbahn hergestellt aber noch nie benutzt worden, weil der ursprüngliche Plan, den Leichter Stadtbahnhof gleichzeitig als Fernbahnhof einzurichten, nicht zur Ausführung gelangt ist.

Ueber kriegerische Thaten der Garde berichtet die „Kösd. Kor.“: Wegen eines Krieges beim „alten Fritz“ schwebt in Potsdam gegenwärtig eine große militärgeschichtliche Unternehmung. Das Gesellschaftshaus „vom alten Fritz“ liegt dortselbst in der Nähe von Sanssouci und ist deshalb auch das Stammlokal der Mannschaften vom 1. und 3. Garde-Mann-Regiment, welche Sonntags dortselbst tanzen gehen. Schon seit einiger Zeit haben nun dortselbst Reibereien zwischen den Mannen und Mannschaften vom Regiment der Gardesducorps und vom 1. Garde-Regiment z. F. stattgefunden, weil die letzteren, die als Contour zusammenhalten, von den Mannen als Eindringlinge in ihr Stammlokal, welche ihnen ihre Mädchen abwendig machen, betrachtet werden. Am Sonntagabend ist es nun im „alten Fritz“ dieserhalb zu einer gewaltigen Schlägerei zwischen den Parteien gekommen. Die baumlangen Grenadiere und Gardesducorps fielen über die kleinen Mannen her, welche sich ihrerseits vergeblich wehrten. Bald bedeckten abgerissene Aescheklappen und Uniformknöpfe, sowie zerbrochene Biergläser das stoffene Parkett in der Saale, so daß der Herr Schmidt, Feiertagsabend und mit Hilfe von wachhabenden Unteroffizieren die etwa 200 Mann starken Streitenden auseinanderbrachte. Unbeteiligt verließen die Gardesducorps und Grenadiere das Lokal, um sich auf der Straße aufzustellen und dort die Mannen zu erwarten. Restaurateur Schmidt befiel aber sämtliche Mannen im Lokal und nahm auch einige Flüchtlinge auf, die von den wütenden Contourkameraden auf der Straße überfallen und arg zugerichtet waren. Inzwischen hatte der Standal zwischen 10 und 11 Uhr die Nachtruhe der Bewohner der umliegenden Häuser erheblich gestört, man schickte zur Polizei, die aber wenig ausrichten konnte, und erst als die Schloßwache eine Patrouille abschickte, welche mit aufgespanntem Seitengewehr einschritt, zogen die Grenadiere und Gardesducorps mit Gehung von dannen und die Mannen konnten unangefochten nach ihren Kasernen gelangen. Auch in einem Tanzlokal vor der Langen Brücke hat an demselben Abend eine Schlägerei zwischen Soldaten stattgefunden.

Nach einer Ministerialverfügung werden von jetzt an die Leichen von Personen, die unbekannt beerdigt werden müssen, photographirt. Die Bilder sollen zu einer etwaigen nachträglichen Identifikation bei der Polizeibehörde desjenigen Ortes, in dem die Beerdigung stattfindet, aufbewahrt werden. Ferner soll dem Verbleib von Personen, die als Vermisste angezählt werden, scharfer als bisher nachgegangen werden. Jetzt kommt es häufiger vor, daß Leute, wenn sie eine Zeit lang vermisst werden, einfach zum Opfer eines Verbrechens getempelt werden und dann anderwärts, vielleicht unter andrem Namen, ruhig weiter leben. Man spricht denn auch bald von einer Werdafaire so und so, ohne irgend einen Anhalt für die Annahme eines Mordes zu haben. Die Vermisstenliste, die in der letzten Zeit regelmäßig erscheint, entspricht auch nicht entfernt dem wirklichen Zahlen- und Verhältnissen auf diesem Gebiete, sondern ist lediglich eine Zusammenstellung des Wenigen, das zufällig durch die Zeitungen bekannt geworden ist.

Übermals eine verkrachte Krankenkasse. Der Herr Polizeipräsident macht mit Bezug auf die hiesige örtliche Verwaltungsstelle der „Bavaria“ allgemeine Krankenkasse für ganz Deutschland zu München, eingeschriebene Hilfskasse Nr. 7 (früherer hiesiger Vertreter M. Schmidt, Berlin C. 2, Am Königsgraben 16) bekannt, daß die Kasse durch Senatsbefehl der Kammer des Innern der kgl. Regierung von Oberbayern vom 31. Dezember 1902 geschlossen worden ist. Das kgl. Amtsgericht München I, Abteilung A für Civilsachen hat am 5. Januar d. J. über das Vermögen der „Bavaria“ den Konkurs eröffnet und zum Konkursverwalter den Rechtsanwält Herrn Dr. Troll, München, Promenadeplatz 17/2 ernannt.

Reibliche Spione. Gegen das Sigilantenwesen wollen sich neuerdings die Berliner Drogisten in einer Eingabe an den Polizeipräsidenten wenden. Die Drogistenhändler führen der „Soff. Jtg.“ zufolge Klage über das herausfordernde Gebahren vornehmlich der weiblichen Personen, die von der Polizei zu Spionagediensten verwendet werden und auf deren Denunziationen hin eine große Zahl von Verurteilungen wegen Uebertretung der kaiserl. Verordnung über den Verkehr mit Heilmitteln bereits erfolgt ist. In den mannigfaltigen Verleumdungen belügen jene Frauen die Geschäfte, um dem freien Verkehr entzogene Heilmittel von den Veräußern herauszuloden; sie stellen sich krank und simulieren allerlei Leiden. Hat der Drogistenhändler in seiner Guimutigkeit irgend ein Mittel verabfolgt, das allein den Apothekern vorbehalten ist, so kommt als Belohnung dafür ein Strafbesehl. Man hofft, daß der neue Polizeipräsident hier bessernd eingreifen werde.

Am Sonntagmorgen ist ein Abrechnungsbuch für Hilfsklassierer (braun, feiner Deckel) mit etwa 300 Stück Beitragsmarken des Centralverbandes der Glaser Deutschlands auf dem Wege von der

Magazinstraße bis Jannowitzbrücke oder von da auf der Stadtbahn bis Station Hermannstraße (Nigdorf) verloren gegangen. Der Finder wird ersucht, das Buch bei Stramm, Ritterstr. 125, abzugeben. Unkosten werden ersetzt.

Eine sehr summarische Behandlung wurde zwei Menschenfreunden jüngst auf einer Sanitätswache zu teil. In der Nacht vom 10. bis 11. d. M. sahen zwei junge Leute, wie ein älterer Mann, der in betrunkenem Zustande aus einem Bierlokal der Langestraße kam, umfiel und mit dem Hinterkopf auf die Bordschwelle schlug, wodurch er sich eine erhebliche Wunde zuzog. Mitführend nahmen sich beide des Verletzten an und brachten ihn unter Beihilfe des ebenfalls hinzugelassenen Wirtes in einer Droschke nach der Sanitätswache am Grünen Weg. Hier sahen man indeffen von dem „Zugang“ wenig erbaut zu sein. Zu ziemlich unfreundlicher Weise gab der Diensthabe den beiden Samaritern zu verstehen, daß man den Verletzten nach einem Krankenhause hätte bringen müssen. Auf den Einwand, wozu denn die Einrichtung der Sanitätswachen geschaffen sei, erwiderte er, diese seien errichtet worden, als es ähnliche Abteilungen in den Krankenhäusern noch nicht gegeben habe, er wisse selbst nicht, warum die Wachen heute nicht geschlossen würden. Dem Verletzten wurde, währenddem er auf dem Fußboden lag, ein Verband angelegt und dann brachten beide Herren ihn nach der Polizeiwache in der Holzmarktstraße, um von dort seinen Transport nach seiner in der Fildisstraße 42 belegenden Wohnung zu veranlassen. Es wurde denn auch dem in der Langestraße postierten Schuttmann der Auftrag erteilt, den Verletzten nach Hause zu begleiten. Dieser war inzwischen in der Droschke geblieben und hatte sich des Verbandes entledigt. Es schien dem Schuttmann nun sichtlich unangenehm zu sein, daß sich die Erneuerung des Verbandes als notwendig erwie. Als er dann aber noch darauf aufmerksam gemacht wurde, daß es doch wohl zweckmäßiger sei, den Verletzten in Anbetracht seines Zustandes nach einem Krankenhause zu bringen, wurde der Schuttmann groß und fuhr die beiden Menschenfreunde mit den Worten an: „Nun machen Sie aber schleunigst, daß Sie wegkommen.“

Es sei gerne zugegeben, daß der Umgang mit einem verletzten Betrunknen sowohl für das Sanitätspersonal als auch für Polizeibeamte keine Annehmlichkeiten bietet. Trotzdem — Hilfe muß doch auch solchen Personen zu teil werden. Ueberdies wäre eine etwas höflichere Behandlung der beiden menschenfreundlichen jungen Leute wohl am Plage gewesen.

Wegen Verleitung zum Meineid wurde gestern der Cigarrenhändler Ernst Schröter vom Untersuchungsrichter in einem Termine verhaftet. Schröter war früher Eisenbahnbeamter, mußte aber den Dienst verlassen und ist verheiratet. Nachdem er den Offenbarungseid geleistet hatte, gründete er im August v. J. in der Thierstr. 34 ein Cigarrengeschäft, als dessen Eigentümerin seine „Schwester“ auftrat. Dieses Geschäft bot er nun durch Anzeigen zum Verkauf aus mit der Behauptung, daß die regelmäßige Tageslosung 88 bis 40 M. betrage. Die Veräußerung überhaupt erklärte er damit, daß seine Schwester sich verheiratet wolle. Der Kaufmann Ernst Gudower, der in der Vellekaassestr. 34 einen Cigarrenladen besitzt, wurde mit Schröter handelseinig. Dem Kaufpreis wurde die angegebene Tageslosung zu Grunde gelegt. In den ersten beiden Tagen ging sie auch ein. Sobald aber Gudower nach der Inventur-Aufnahme den Kaufpreis gezahlt hatte, fiel sie plötzlich auf 8 bis 4 Mark. Verstimmt über diesen plötzlichen Sturz, zog der Käufer Erkundigungen ein, woher das wohl kommen könnte, und erfuhr nun, daß der Verkäufer Bewußtsein angesetzt hatte, die bis zur Auszahlung soviel laufen mußten, daß die tägliche Losung zusammenkam. Sobald aber Schröter am dritten Tage den Kaufpreis in fächeren Papieren in der Tasche hatte, stellte er die Aufträge ein. Nach kurzer Zeit kamen nun auch die Vertreter der Fabriken, die an Schröter geliefert hatten. Sie wunderten sich nicht wenig, daß Schröter das Geschäft verkauft hatte, ohne daß seine Schwester, die Eigentümerin, davon etwas hatte verstanden lassen. Die Fabrikanten klagten, und dabei kam es an den Tag, daß Schröter „Schwester“ gar nicht seine Schwester, sondern seine Geliebte ist. Alles war „gehoben“, sogar der Offenbarungseid ist falsch. In der Sommerferien wegen Betruges brachte nun Schröter gestern eine Anzahl Entlassungsgenzen, die bereit waren, ihre Aussagen zu seinen Gunsten zu beschwören. Der Untersuchungsrichter verweigerte sie jedoch nicht, sondern nahm Schröter wegen dringenden Verdachts der Verleitung zum Meineid in Haft, um einer Verdunkelung der Angelegenheit vorzubeugen. Der Verhaftete liebt die weibliche Gesellschaft und die Reimbahn.

Vermisst wird seit dem 1. Januar Schulmeister Louis Dembski, 2. April 1847 in Reidenburg geboren; Dembski ist 1,68 Meter groß, hat graues Haar und Vollbart, unvollständige Zähne, rote Gesichtsfarbe, gebeugte Gestalt, spricht deutsch und polnisch, trägt Verband am Kopf. Er war bekleidet mit dunkelblauem Jackett, grünem Schlapphut, gestreiftem Vardendhemd und Zugstiefel. Mitteilungen über ihn nimmt die hiesige Kriminalpolizei entgegen.

Wegen der Coalkörbe erklärt der Polizeipräsident folgende Verlautbarung: Schon früher ist auf die erheblichen Nachteile und Gefahren hingewiesen worden, welche durch die Benutzung von Coalkörben zum Zwecke der rascheren Anzündung von Neubauten für die Gesundheit der Bauarbeiter herbeigeführt werden. Während der Winterzeit pflegen solche Coalkörbe auch vielfach zum Auftauen eisgefrorener Wasserleitungen- und Abflußrohre sowie bei sonstigen Arbeiten benutzt zu werden. Es sind dabei mehrfach Unglücksfälle (Verämbungen), ja selbst Todesfälle vorgekommen, die auf die den Coalkörben entströmenden giftigen Gase zurückzuführen sind. Das beteiligte Publikum mache ich deshalb auf die gesundheitlichen Gefahren der Verwendung von brennenden Coalkörben bei einem Auftauen von Röhren oder bei sonstigen Arbeiten warnend aufmerksam.

Feuerbericht. In der Nacht zum Dienstag hatte die Wehr zwei größere Brände zu bekämpfen. Gegen 9 Uhr wurde sie nach Altkoabit 67/70, Ecke der Jannowitzstraße, gerufen, wo auf dem Trodenboden der achten Pumpstation der städtischen Kanalisationswerke ein Schabenseuer ausgebrochen war. Es mußte längere Zeit mit zwei Rohren Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. Bald darauf erfolgte eine Alarmierung nach der Rosenhallerstraße 44. Hier war in einem Keller auf nicht ermittelte Weise Feuer ausgebrochen, das sich sehr schnell ausbreitete und bei Ankunft der Wehr bereits die Decke zum Erdgeschoß durchschlagen hatte. Es sprang dann auf das Gemüthworen-Geschäft von D. Niehmann Nacht, aber und richtete hier beträchtlichen Schaden an. Die Wehr hatte deshalb mit mehreren Schlauchleitungen tüchtig Wasser zu geben, bevor die Alarmerung stattfand. Gardinen und Kleidungsstücke hatten Montagabend 8 Uhr in der Reichensbergerstr. 124 in einer Wohnung Feuer gefangen, das indes vom fünften Wöszuge in kurzer Zeit beseitigt wurde. Nach der Blumenstr. 17 wurde die Wehr zur selben Zeit gerufen, weil hier in einer Tischlerei ein Brand ausgebrochen war. Auch hier konnte die Gefahr bald beseitigt werden. In der Wilhelmshofenerstr. 15 mußte in einer Küche ein Feuer unterdrückt werden, das den Fußboden und die Walleisen ergriffen hatte. Wäschebüden und Decken wurden in der Antonstr. 34 durch Feuer beschädigt. Alarmierungen, die außerdem in den letzten 24 Stunden noch nach der Brunnenstraße, nach der Schönhauser Allee 134 und nach einigen andren Orten erfolgten, waren auf unbedeutende Anfälle zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

Auf den am Donnerstag, den 15. d. M. im Charlottenburger Volkshaus von der Direction des Schiller-Theaters veranstalteten Schiller-Abend machen wir nochmals aufmerksam. Der Beginn ist Punkt 8 1/2 Uhr. Die Saalthüren bleiben während der Vorträge

geschlossen. Den einleitenden Vortrag hält Herr Direktor Dr. Löwenfeld. Mitwirkende sind u. a. Herr Gertraud Arnold und Herr Gustav Nidelt. Eintrittskarten zum Preise von 40 Pf. einschließlich Programm und Garderobe sind nur noch in beschränkter Anzahl an der Abendkasse, die um 7 1/2 Uhr eröffnet wird, zu haben.

In Kummelsburg finden morgen Donnerstag die Arbeitgeber-Wahlen zum Gewerdegewerkschaftstag. Diejenigen Arbeitgeber, welche das Streben der Reaktion zurückweisen, haben folgende Kandidaten aufgestellt: Tischlermeister Moritz Gläser, Gastwirt Hugo Lindner, Eigarrenfabrikant Otto George, Tischlermeister Ernst Wierig, Drechslermeister Karl Bartel, Drechslermeister Julius Schmidt, Barbier und Friseur Paul Selland, Fensterreinigungs-Institut-Inhaber Louis Stein, Schneidermeister Karl Krüger, Schuhmachermeister Karl Schulz, Plättlerbesitzer August Sämada, Werkzeug- und Gefäßfabrikant Max Winkler. Da diese Kandidaten eine unparteiische Rechtsprechung verbriefen, so wird gehofft, daß sie zahlreiche Stimmen bei der von 10-12 Uhr, im Rathaus, Zimmer 7, stattfindenden Wahl auf sich vereinigen. Das Wahlkomitee ist Donnerstag von 9 1/2-12 Uhr bei Lindner, Türschmidtstraße 37, zur Ausschusssitzung veranlassen.

Der rechte Mann. Für den Kreis Niederbarnim, wo bisher der Landtags-Abgeordnete Dr. Zimmer unfrem Parteiengenossen Stadthagen gegenüber stand, ist von einer konservativen Wählerversammlung, welche in den Germania-Hallen, Chausseestraße, stattfand, nun endgültig der Parteimeister Felisch aufgestellt worden.

Wir sind dem konservativen Wahlkomitee für die Durchführung dieses Wahlkampfes von Herzen dankbar. Herr Felisch hat sich als Scharfmacher und Wufenfreund des Quäthauskurles einen solchen Namen gemacht, daß durch seine Kandidatur auch die wenigen Arbeiter im Kreise, die bisher noch nicht für Stadthagen gestimmt haben, zur Sozialdemokratie gedrängt werden.

Spandau. Die vom hiesigen Magistrat in die Wege geleitete Notstandsaktion erfährt in der letzten Stadtverordneten-Sitzung eine scharfe Kritik.

Nachdem der Stadt auf Wunsch des Magistrats die Niederlegung des Festungswalles übertragen worden war, wandte der Magistrat das übliche Submissionsverfahren an; so kam es, daß der Unternehmer Rawowa mit 12 700 M. Mindestforderung blieb, während das Höchstgebot fünfmal so hoch war. Die nächsten Kritik an der ganjlich verfahren, ja schädlichen Art, wie diese Notstandsaktion in die Wege geleitet worden war, konnte es aber nicht verhindern, daß die bürgerliche Mehrheit in wahrer Hurra-Stimmung in der vorletzten Sitzung der Stadtverordneten dem Magistrat zu seinem Vorgehen Dank und Anerkennung aussprach. Die Ernüchterung und der Lagenjammer folgten aber auf dem Fuße. Auf eine entsprechende Ausschreibung des Magistrats meldeten sich ca. 500 Arbeitslose und an einer Demonstration am Montag voriger Woche beteiligten sich gar 600 Arbeitslose. Eingestellt sind aber bisher im ganzen nur 40 Arbeiter. Zudem wurde bekannt, daß der Unternehmer seit der letzten Woche die Accordarbeit eingeführt habe und Accordlöhne zahle, bei denen es den Arbeitern trotz größter Anstrengung nur eben möglich gewesen sei, 2 M. 16 Pf. und 2 M. 24 Pf. pro Tag zu verdienen. Dieses alles wurde in der letzten Stadtverordneten-Sitzung vom Stadtv. Nieger (Soz.) kritisch beleuchtet, und selbst der Stadtv. Jenne (lib.) nannte den Ausgang dieser, großartigen Notstandsaktion geradezu kläglich. Der Ober-Bürgermeister R. Döhrke wandte nun ein, daß der Magistrat auch gar nicht eine große Notstandsaktion beabsichtigt habe.

Schließlich wurde mit großer Majorität folgender Antrag der sozialdemokratischen Fraktion angenommen: „Es sind sofort Vorkehrungen zu treffen, damit diejenigen Arbeiter, welche bereits beschäftigt sind, aber noch nicht zur Ausführung gekommen sind, und endlich die für das Jahr 1903 projektierten Arbeiten unverzüglich zur Ausführung gelangen.“

Nach einer entsprechenden Bestimmung in dem Vertrage mit den Unternehmern sind letztere zu verpflichten, ihren Arbeitern die für die betreffende Branche ortsüblichen Löhne bzw. einen Mindestlöhnen von 35 Pf. zu zahlen.

Unsre Genossen im Stadthaus können mit dem Resultat dieser Notstandsdebatte zufrieden sein.

Gerichts-Zeitung.

Wer da Recht hat... Diese wichtige Frage blieb leider in einem gestrigen vor der Berufungskammer verhandelten Verleumdungsprozess unentschieden. Der antisemitische Redner Pastor Krösel zu Reghin und der bekannte Talmbuchforscher Professor Dr. Straß standen sich gestern vor der 5. Strafkammer am Landgericht II als Kläger und Widerkläger einander gegenüber. In dem Strafprozesse wider den antisemitischen Buchhändler Dewald wegen Herausgabe der Winter-Konjunktions-Partikale wurden seiner Zeit seitens des Angeklagten die Ladung des Professors Rohling

in Wien, des Professors C. L. in Triest und des Pastors Krösel II zu Reghin als Sachverständige beantragt, um dem Gutachten des Professors Straß gegenüber zu befinden, daß der Talmbuch des Kriminalord empfiele. Professor Straß äußerte sich gegen die Ladung dieser drei Herren in abfälliger Weise und äußerte u. a. in Bezug auf Pastor Krösel: „dem hat ja jetzt das Konsistorium glücklicherweise die Fortsetzung seiner Schreben verboten!“ Wegen dieser Äußerung verklagte Pastor Krösel den Professor Straß wegen Verleumdung. Dieser antwortete mit einer Widerklage, weil viel früher der Pastor Krösel gelegentlich von Vorträgen, die er in Triest und Arnswalde hielt, die Qualifikation des Professors Straß als Talmbuchforscher scharf bemängelt und Worte gebraucht hatte wie „Verbrecherklub“, „Geschäftsverdringung“ usw. In der ersten Verhandlung vor dem Schöffengericht wurde jeder der Gegner, der Kläger wie der Beklagte, zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. Beide legten Berufung ein. Jeder wollte freigesprochen werden und den andern höher bestraft sehen. Dem Gerichtshofe blieb die Entscheidung erspart, denn nach vierstündigem lebhaftem Redekampf verglichen sich die Parteien und zogen Klage und Widerklage zurück.

Ein erdichteter Raubanfall beschäftigte gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I. Unter der Anklage der Unterschlagung, der Anstiftung und Hehlerei hatten sich der Hausdiener Oscar Kalisch, der vielfach vorbeistrifte Anstreicher Rudolf Pfefferer und dessen „Braut“, die Arbeiterin Anna Krumholz zu verantworten. Kalisch war Hausdiener bei der Firma Seifert u. Haule und wurde mehrfach mit der Entfälschung von Geldern betraut. Daraufhin wurde er von dem alten Verbrecher Pfefferer, den er kennen gelernt hatte, überredet, bei passender Gelegenheit mit ihm eine Verabredungs-Komodie aufzuführen, um sich in den Besitz größerer Geldsummen zu setzen. Kalisch sträubte sich zunächst, ließ sich aber doch zu der Komodie anwerben. Es wurde verabredet, daß, wenn Kalisch einmal einen größeren Geldbetrag in Händen habe, sollte er sich bei Pfefferer melden, das Geld dort abgeben und sich dann nach einer Bedürfnisanstalt auf dem Georgenkirchplatz begeben. In der Anstalt sollte ihm Pfefferer einen Kaufschlag ins Gesicht und einen Fußtritt vor den Leib versetzen, Kalisch solle sich dann vor der Anstalt auf die Erde werfen und, nachdem sich Pfefferer entfernt, lebhaft um Hilfe rufen. Das Geld sollte dann zwischen beiden geteilt werden. Am 26. November v. J. ging dann auch der „Raubanfall“ in Scene. Kalisch erhielt von seinem Chef 733 M. zur Bezahlung eines Weinfasses eingehändigt, er deponierte das Geld bei der Angeklagten Krumholz und die Raub-Komodie wurde ganz programmäßig ausgeführt. Freilich erhielt sie einen für Kalisch unliebsamen Schluß. Weder die Arbeitgeber noch die Kriminalpolizei glaubten so recht an den frechen Ueberfall, man nahm den Kalisch ernstlich ins Gebet und dieser rückte dann bald mit der Wahrheit heraus. Er war überdies von den beiden Angeklagten um seinen Mitanteil betrogen worden. Diese hatten sich mit den gesamten 733 M. aus dem Staube gemacht und so lange verborgen gehalten, bis das ganze Geld verpraßt war. Dann erst gelang es, sie festzunehmen. Der Gerichtshof verurteilte Kalisch zu 6 Monaten Gefängnis, Pfefferer zu 2 Jahren Gefängnis, 3 Jahren Ehrverlust und Zulässigkeits- und Polizeiaufsicht, die Angeklagte Krumholz zu 3 Monaten Gefängnis.

In Wien ist der Freiherr v. Leitner wegen Zuhälterei zu einem Jahre neun Monaten Gefängnis verurteilt worden. Außerdem erkannte das Gericht auf fünf Jahre Ehrverlust und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. Der Edel war schon wegen Zehnpfanderei und Diebstahl vorbestraft.

Vermischtes.

Graf und Gräfin Lonyay. Die bürgerliche Presse, die sich in der Krupp-Affäre über die Erörterung privater Angelegenheiten, wie sie uns zum Vorwurf gemacht wurde, nicht genug entrüsten konnte, ist jetzt wieder dabei, die Familienverhältnisse eines für die Öffentlichkeit gar nicht in Betracht kommenden Ehepaars breitzutreten. Es handelt sich um den Grafen und die Gräfin Lonyay, von denen ausführlich berichtet wird, daß sie sich nicht vertragen können und daher auf eine Trennung oder Scheidung hinstreben. Auch seien die Vermögensverhältnisse der Eheleute nicht in Ordnung, da die Gräfin, die bekanntlich früher mit dem Kronprinzen von Oesterreich verheiratet war, mit den 50 000 M., die ihr jährlich von väterlicher Seite zufließen, nicht auskommen könne. In einigen Abendblättern sind alle diese Nachrichten als unwahr bezeichnet worden. Wie dem auch sei, auf alle Fälle macht sich die Erörterung der intimen Angelegenheiten dieser Ehe außerordentlich häßlich in der für die Heiligkeit der Kruppschen Familie so inbrünstig schwärmenden Presse.

Mobilmachung gegen Seehunde. Gegen einen sonderbaren Feind sind, wie aus London gemeldet wird, französische Kanonen- und Torpedoboote in See gegangen, nämlich gegen die Seehunde, die in diesem Winter ganz besonders häufig im Kanal auftreten und den

Fischern bedeutenden Schaden zufügen. Die Boote haben den Auftrag, die Seehunde aufzufischen, zu erlegen oder zu vertreiben. Die Seehunde thun weniger Schaden durch das Verpeisen der Fische oder das Zerreißen der Netze, als durch das Verschleugen der Fische von ihren gewöhnlichen Gründen. Auch die englischen Fischer sind in Aufregung über das Erscheinen zahlreicher Seehunde an den englischen Küsten und fordern von der Regierung, daß auch sie etwas thue, um diesen Feind zu verjagen.

Wie aus Geseemünde gemeldet wird, ist der Fischdampfer „Kommandant“, der am 23. Dezember zu einer Fangreise in See ging, noch nicht wieder heimgekehrt. Es ist kaum mehr zu bezweifeln, daß er mit seiner elf Mann starken Besatzung untergegangen ist.

Aus dem Westen Nordamerikas wird von erheblichem Frost berichtet. Viele Personen sind erfroren. Aus andren Gegenden wird über Not infolge des Kohlenmangels berichtet.

Aus Shanghai wird berichtet: Infolge eines Erdstößes stürzte gestern in Hsiaoan, in der Nähe von Kanton, ein neu erbautes Waren-Lagerhaus in den Fluß. Ungefähr hundert Eingeborene fielen dabei ertrunken sein.

Eingegangene Druckchriften.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dieß Verlag), ist, wie schon die Nr. 2 des 13. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervorzuheben: Zeichen des Verfalls. — Arbeiterinnenverhältnisse in Japan. Von a. br. — Rückblick auf die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung in Italien. Die Entwicklung der Frauen-Stimmrechtfrage in den einzelnen sozialistischen Gruppen Italiens bis 1891. Von Dr. Robert Nidelt. — Die Hausfrau als Finanzminister. Klauerei von Susas. I. — Die Urabstimmung im Arbeiterverband über die Einführung der Arbeiterlosen-Versicherung. Von Louise Zieg. — Aus der Bewegung. Bericht der Vertrauensperson der Genossinnen für den Wahlkreis Düsseldorf. — Tätigkeitsbericht der Beschwerdelkommission für Arbeiterinnen in Leipzig. — Festschrift: Lebenserinnerung einer Arbeiterin. Von W. K. — Notizen: Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1903 unter Nr. 3189) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgebühren 35 Pf., unter Kreuzband 35 Pf.

Die Holländischen Handelskammern. Ihre Entstehung, Organisation und Wirksamkeit. Von Dr. S. Harns. Tübingen und Leipzig 1903. (J. C. B. Mohr.) — Preis 5 M.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gestrichelt: 7 Uhr. M. S. 100. Fragen Sie danach lieber Ihren Arzt. M. S. 10. Wir sind leider nicht in der Lage, das festzustellen. M. S. 100. Es würde zu viel Raum erfordern, Ihnen im Briefkasten die Ueberlieferungsbedingungen usw. auseinanderzusetzen. Wenden Sie sich an die Passagier-Abteilung der Hamburg-America-Linie, Unter den Linden 5, oder an die hiesige General-Agentur des Norddeutschen Lloyd, Invalidenstrasse 93. C. P. 7. Die Sparkasse des Kreises Teltow befindet sich in Berlin, Victoriastraße 18. C. R. Im Rastker werden unter Leitung des Kreis-Vorstandes unseres Vereins im Polizeipräsidium Unterrichtskurse veranstaltet. Wenden Sie sich hiezu mit einer Anfrage. D. P. Ein Darlehens-Institut, welches Erfindern Vorschüsse gibt, kennen wir leider nicht. A. B. Es heißt der Stollen. P. 67. Charl. Waren Sie beim Vertragsabschluss minderjährig, dann ist der Vertrag ungültig. Sonst sind Sie an ihn in vollem Umfange gebunden. Verlaufen dürfen Sie Sachen, die Sie aus Abzahlung gekauft haben und deren Verkäufer sich das Eigentumsrecht vorbehalten hat, nicht; das wäre Unterschlagung. — R. S. 50. 1. Im Jahre 1928. 2. Gütergemeinschaft besteht nach dem Gesetz nicht. Sie kann aber durch Vertrag vereinbart werden. 3. Ja. — M. M. Die Landesoberregierung oder andere Organe haben keine Rückerstattungspllicht. — C. R. 1. Berufung liegt nicht vor. Es kann nach §§ 542, 543, 547 Bürgerlichen Gesetzbuch eine billige Entschädigung, deren Höhe im Streitfall vom Gericht festzusetzen ist, verlangt werden. 2. Ueber Firmen usw. erteilen wir grundsätzlich keine Auskunft. — Erdbecht. Ob die Möglichkeit einer Anweisung für die Direktion vorliegt, ist erst nach genauerer Kenntnis aller Umstände zu beantworten. — P. S. 12. 1. Die weitere Ueberweisung gilt weiter. 2. In der Regel nur nach vorheriger ausdrücklicher Verwarnung. — C. J. Rein.

Briefkasten der Expedition.

C. Guld. 252,80 M. Wetter-Prognose für Mittwoch, den 14. Januar 1903. Trocken und vorwiegend heiter, bei mäßigen nördlichen Winden; nachts ziemlich strenger, am Tage gelinder Frost. Berliner Wetterbureau.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort: 5 Pfennig. Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

Diesjährige elegante Herren-Anzüge und Paletots aus den modernsten Stoffen in guter Bearbeitung und Anzügen von 18 bis 45 Mark. Julius Hindenbaum, Große Frankfurterstraße 141, Ecke Fruchtstraße.

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25 bis 40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21. 14658*

Winterpaletots, Anzüge, Joppen, Socken, fertige und nach Maß. Große Frankfurterstraße 16, August Kahlens.

Kanarienhähne, 6,00 Weibchen 1 Mark. Fallosch, Keldenerstraße Nr. 51. 787

Kanarienvoller und Weibchen verkauft Göttsche, Reinoldenstraße 54.

Kanarienvoller, gutsendende, 4 und 5 Mark. Bornsdorferstraße 17, Riebel.

Kanarienvoller, Weibchen verkauft Göttsche, Schönleinstrasse 20. 4119

Zuchthähne, Hebbauer verkauft billig Kramer, Magerstraße 136, Hof II. 745*

Kanarienvoller, Hedweibchen, Kothingerstraße 25, Eingang Angermühlendstraße. 14026*

Kanarienvoller 5,00 an, Papagei-auswahl, Zuchtwelchen, schlagende Zuchthähne, fertige, Strohgefäße, Weibchen Kranienstraße 87 (Vogelhandlung).

Kanarienvoller verkauft Göttsche, Magerstraße 87, Hof II. 797*

Kanarienvoller, große Auswahl, Stahl, Schöneberg, Bahnhofsstraße 41. *

Kanarienhähne, prima Zuchtwelchen, große Auswahl, Zuchtwelchen verkauft Krebs, Köpenickerstraße 154a. 1244

Ringschiffchen, Bobbin, Schnellnäher, ohne Anzählung, Woche 1,00, gebrauchte tadelloß, preisbillig Köpenickerstraße 60/61, Landbergerstraße 82. 798*

Sporthilfliche Teppiche, Betten, Eidebenden, Winterpaletots, Anzüge, Remontolrücken, Regulatoren, Gardinen, Spiegel, Waschtischen, Stühle, Kostümzüge, Weibchen, Reichenstraße 6, Zellkammern gestattet. 55/16*

Möbelwirtschaft verkaufe billig, darunter Banchessa 45,00, Spiegel 10,00, noch neue Garnitur, Bettstellen, Schränke, Säulenrücken, Ufde, Stühle, Teppiche, Delgemäde, Verschiedenes. Brautleuten trete Wohnung ab. Gartenstraße 85, I. links (nahe Invalidenstrasse). 7134*

Pianino sofort veräußert Mittelstraße 120 I. 50/1*

Teppiche mit Gardinenleuten, Fabrikniederlage Große Frankfurterstraße 9, parterre. 737*

Röhmaschinen kaufen Sie um beim Kaufmann am zweckmäßigsten. Bekende Geschenke von 25 Mark an. Tadelloß: Ringschiffchen, Bobbin-Schiffchen, bequeme Teilabteilung wöchentlich und monatlich. Reparaturen billig, aufgegeben. Diese, Reichenstraße, Röhmaschinen-Specialgeschäft, Brunnensstraße 119. 14498*

1000 neue Röhmaschinen gebe auf Abzahlung, ohne Anzahlung. Langschiffchen, hochartig, Wheeler Wilson, komplett, mit allen Apparaten, keine Anzahlung drei Jahre volle Garantie. Für die Güte meiner Röhmaschinen spreche Tausende meiner Kunden. Hieran hoher Bekunden. Ernst Belmann, Gollnowstraße 26, nahe der Landbergerstraße. Alle Röhmaschinen nehme in Zahlung. 14682*

Schankgeschäft sofort billig zu verkaufen oder zu vermieten, Charlottenburg, Grünstraße 21. 7142*

Gardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. 537*

Multihule, Stalgerstraße 116a, monatlich 4,00. 1162b

Rechtsbureau, Projektivland, Eingabengehülse, Materielung, Fall, Brunnensstraße vierzig. 1500b*

Rechtsbureau, Hahlich, Grüner Weg vierundneunzig (Andreaskirche), Gerichtsbestand, Eingabengehülse, Materielung. 1501b*

Unfallkassen, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Stalgerstraße 65. 1019b

Wäschgarderobe, Herren und Damen. Große Auswahl kostlicher Anzüge billig Käber, Rheinsbergerstraße 62. 137*

Widifikation! Wer sich über diese ruhmvolle Graualmetil unter Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Widifikation, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Verlagverein, Königgrätzerstraße 108. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 161b*

75 Vermisste! Eingabengehülse, Zahlungsbelege, Materielung, Allerbillig! Straußkassan, Gefährdung, Interventionen, Beleidigungen, Alimentenklagen, Unfallkassen, Obdengehülse, Bultson, Stalgerstraße 141, abends bis 10 Uhr geöffnet. 1519b

Die gegen die Nebenwichtigen Eheleute ausgeprochene Verdrächtigung nehmen wir hiermit zurück. H. Kahlisch und Frau, Ederbergerstraße 9. 78

Patentbureau Dammann, Oranienstraße 57, Kottbusplatz, bis abends neun.

Schlafstellen.

Schlafstelle für zwei Herren vermietet Wegler, Egerländerstraße 4a.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinder Stuhlflächler bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen geflochten, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Anladstraße 27, H. Göttsche.

Stellenangebote.

Blätterin findet dauernde Beschäftigung Uberschöneweide, Fischenstraße 10 bei Reilmann. Bogenarbeit wird vergütet. 14833*

Posamentier-Hausarbeiterin im und ausserm Hause, Lehramtskinder verlangt Danil Miele, Oberwallstraße 19.

Wäschenwäscher-Arbeiterinnen verlangt Hulse, Frankfurter-Allee 16. *

Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile.

Gegen 1000 Mark Kautio

ist die Stellung des Neubauten für die Cris-Krankenkasse der Dohdecker Berlin zu vergeben. Bedingung wird Mitglied der Kasse. Restantanten wollen ihre Zeugnisse und Gehaltsanprüche bis zum 1. Februar 1903 einreichen im Kassenlokal, Bismarck 16 II. 1513b

Der Vorstand.
A. Salzmann, 1. Vorsitzender.

Suchen sofort 2 tüchtige Harnerschloffer, welche sowohl an den heiligen Thonorischen sowie an den Maschinenhersteller Schleit- und Poliermaschinen eingearbeitet sind, für Klauenfabrikation in Röhren und Bauarbeit, sowie ein Säger mit Gatter und Tremsäge vertraut, für Matten in Warmor, sowie Wäse in Sandstein. Sprachkenntnis nicht nötig. — Antwort an Arbeitsblatt Anderssons Mek. Strohgerger, Stockholm. 56/13*

Gold- und Poliermeister-Arbeit in der Provinz sucht einen tüchtigen, zuverlässigen 2992

Werksführer

welcher mit allen Einzelheiten der Fabrikation genauestens vertraut ist. Verheiratet. Bewerber werden bevorzugt. — Angebote mit Gehaltsanprüchen an die Expedition dieser Zeitung unter L. S.

Achtung, Holzarbeiter!

Gespart sind folgende Werkstätten für Tischler, Einheber, Kastenarbeiter und Polierer:
Dax u. Engbrodt, Göttsche 10.
Schubert, Kottbus-Platz 10.
Eckstein, Kottbus-Platz 9.
Rat Drechsler:
Friede, Volkmarstraße 32.
Die Ortsverwaltung.

Stuccateure!

Gespart ist die Firma Bachmann, Prenzlauer Allee 222, wegen Nicht-Behaltung der hiesigen Tarifpreise, und die Firma Suchardt, Reichenbergerstr. 20 und Dombau, wegen Uebernahme der Abzahlung einer unübertragbaren Arbeitsordnung und Nicht-Behaltung eines Arbeiters zum Material zufragen. Die genannten Firmen sind bis auf weiteres zu meiden. Die Ortsverwaltung.